



*Deine Stadt. Deine Partei.
Dein Parteitag.*

„ANTRAGSPARTEITAG“ DER SPD DÜSSELDORF AM 30. SEPTEMBER
FÜR ORTSVEREINE, STADTBZIRKE UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Parteitagsunterlagen Anträge

Beschlossene
Anträge

„Antragsparteitag“ der SPD Düsseldorf
Freitag, 30. September 2016 um 17.30 Uhr
Haus Gantenberg
Prof.-Dessauer-Weg 30
40225 Düsseldorf-Flehe

1 Antrag 1

2
3 **Antragsteller:** SPD Düsseldorf - UB-Vorstand

4 **Adressat:** -Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im EP, SPD-Ratsfraktion

5 **beschlossen**

7 KINDERLÄRM IST ZUKUNFTSMUSIK – DIE INTERESSEN JUNGER 8 MENSCHEN IM ORGANISIERTEN SPORT IN DEN MITTELPUNKT 9 STELLEN

10
11 In Düsseldorf und vielen anderen Städten und Gemeinden schwelt seit vielen Jahren ein
12 Konflikt zwischen Sportvereinen und den Anwohnerinnen und Anwohnern von
13 Sportanlagen. Grund dafür sind oft die Lärmgrenzwerte der aktuell geltenden
14 Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. Verordnung zur Durchführung des Bundes-
15 Immissionsschutzgesetzes). Es zeigt sich, dass es die Sportvereine auch bei normalem
16 Sportbetrieb kaum schaffen, unterhalb der Schwelle von 50 dB(A) zu bleiben und damit
17 regelmäßig die Grenzwerte in reinen Wohngebieten überschreiten.

18
19 Die Streitfälle häufen sich insbesondere in den Ballungsräumen, in welchen Areale rund um
20 die Sportanlagen zu neuen Wohngebieten ausgewiesen werden. Lärmgutachten stellen dann
21 im Nachgang der Bebauung fest, dass die Geräuscheinwirkungen der jeweiligen Sportanlage
22 die zulässigen Immissionswerte überschreiten. Auch wenn die städtische Nachverdichtung
23 grundsätzlich zu begrüßen ist, erwächst aus ihr so häufig ein nur schwer zu lösender
24 Interessenskonflikt.

25
26 In der Regel führen die Beschwerden der (neuen) Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber
27 Behörden und Gerichten aufgrund der objektiven Überschreitung der Grenzwerte in der
28 Regel zum Erfolg. Dabei war das Ziel der Sportanlagenlärmschutzverordnung bei deren Erlass
29 1991 zur Konfliktlösung zwischen der gesellschaftlich erwünschten Sportausübung und dem
30 Recht auf Ruhe beizutragen.

31
32 Die derzeitige Entwicklung gefährdet im Besonderen auch unser Ziel, mehr Kinder und
33 Jugendliche für den Vereinssport zu motivieren. Einzelne Vereine erhielten auf Grund der
34 wachsenden Lärmproblematik zeitweise die Auflage, keine neuen Mitglieder aufzunehmen.
35 Dies trifft auch Kinder- und Jugendliche, die gerade beginnen sich für den organisierten Sport
36 zu interessieren. Dabei muss das Ziel sein, mehr Freiräume für die Entwicklung von Kindern
37 und Jugendlichen zu schaffen. Schließlich sind Sport und Bewegung wichtige Bausteine für
38 eine gesunde physische, psychische und emotionale Entwicklung junger Menschen. Es gilt,
39 berechnete Lärmschutzinteressen mit den Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie
40 den Sportvereinen zu harmonisieren.

41
42 Aufgrund der parlamentarischen Initiative der SPD-geführten Koalition in Nordrhein-
43 Westfalen und der politischen Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat das
44 sozialdemokratisch geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
45 Reaktorsicherheit (BMUB) Anfang des Jahres einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der
46 Sportanlagenlärmschutzverordnung in Form eines ersten Entwurfs vorgestellt. Dieser

1 Entwurf enthält zentrale Fortschritte insbesondere im Hinblick auf die Erhöhung der
2 zukünftig zulässigen Dezibelwerte (Erhöhung um 5 Db), der in Zukunft möglichen Halbierung
3 der Abstandsflächen zwischen Sportanlagen und heranrückender Wohnbebauung sowie der
4 im Sinne der betroffenen Vereine vorgenommenen rechtlichen Konkretisierung des
5 Altanlagenbonus. Das BMUB wendet die sportfreundliche Weiterentwicklung des
6 Lärmschutzes in seinem Entwurf sowohl auf Erwachsene als auch auf Kinder und Jugendliche
7 an.

8

9 In den kommenden Wochen wird der Entwurf der neuen
10 Sportanlagenlärmschutzverordnung in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe final beraten. Die
11 Düsseldorfer SPD setzt sich in Bezug auf die Problematik Sportlärm für folgende- zum Teil
12 über den jetzigen Entwurf des BMUB hinausgehende - Grundsatzpositionen ein:

13

14 Die Geräuscheinwirkungen, die auf Sportanlagen durch Kinder und Jugendliche
15 hervorgerufen werden, sind aus gesellschaftspolitischen Gründen nicht mehr als schädliche
16 Umwelteinwirkung zu bezeichnen. Die Regelungen zum Altanlagenbonus sollen umfangreich
17 angewendet werden und möglichst viele Sportanlagen umfassen.

18

19 Perspektivisch streben wir ferner eine politische Initiative an, die die Gleichstellung von
20 spielenden Kindern und Jugendlichen auf Sportplätzen mit denen auf Kinderspielflächen
21 vollumfänglich vollzieht. Sportaktive junge Menschen auf Spielplätzen und in den
22 Kindergärten sind privilegiert; sportaktive Kinder im Vereinssport sind nicht privilegiert und
23 werden weiterhin nach dem Immissionsschutzrecht beurteilt. Diese Situation wollen wir
24 nach Möglichkeit im Sinne der oben benannten Gleichstellung beenden.

25

26

1 Antrag 2

2
3 **Antragsteller:** Ortsverein Mitte-Nord

4 **Adressat:** SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
5 Landesvorstand, SPD- Bundesparteitag

6 **beschlossen**

8 BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE – ANSTRENGUNGEN 9 VERSTÄRKEN

10
11 Die Maßnahmen, die die Ampel unter inhaltlicher Führung der SPD zur Schaffung von
12 bezahlbarem Wohnraum in Düsseldorf unternommen hat, beginnen zu wirken. So ist die
13 Zahl der Baugenehmigungen im Zeitraum 2015 bis 2016 um 211 % von 607 auf 1893
14 gestiegen und damit die Bautätigkeit wieder spürbar angesprungen. Einen erheblichen Anteil
15 daran hat auch die Landesregierung NRW, die in vorbildhafterweise ihrer Verantwortung für
16 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nachkommt. Kein anderes Bundesland hat seine
17 Fördermittel so erhöht wie Nordrhein-Westfalen. Aktuell stehen 1,1 Milliarden für den
18 geförderten Wohnungsbau bereit. Hinzukommen Tilgungsnachlässe bis zu 35%, die sonst
19 nirgendwo gewährt werden. Die Vereinbarung mit dem Land über ein globales Förderbudget
20 von 40 Millionen €, die Düsseldorf mit dem Land geschlossen hat, hat Planungssicherheit
21 und Investitionsanreize geschaffen.

22
23 Auch die Anpassung der Quotenregelung des Handlungskonzepts Wohnen verpflichtet
24 Investoren nun, mehr geförderte Wohnungen zu errichten. Die Änderung der
25 Stellplatzsatzung leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der
26 Baukosten.

27
28 Die Neuorganisation der Städtischen Wohnungsgesellschaft SWD zeigt ebenfalls Wirkung. In
29 Zukunft wird die SWD rund 200 geförderte Wohnungen im Jahr errichten – eine
30 Verzehnfachung ihrer bis dato geleisteten Bautätigkeit.

31
32 Alle diese Anstrengungen sind zu begrüßen und bringen uns dem Ziel, eine ausreichende
33 Versorgung mit Wohnraum für alle Einkommenschichten sicher zu stellen, ein Stück weit
34 näher. Dennoch müssen angesichts der Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt alle
35 Potenziale ausgenutzt werden, um der prognostizierten Bedarf an preiswertem Wohnraum
36 decken zu können. Rund 50% der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben aufgrund ihrer
37 Einkommenssituation einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung, dennoch gelingt es
38 kaum, den Wegfall von Wohnraum aus der Sozialbindung durch Neubau zu kompensieren.

39
40 Deshalb muss in einem Zusammenspiel zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen die
41 Förderung des Wohnungsbaus vor allem im mittleren und niedrigen Preissegment höchste
42 Priorität haben.

43
44

1 Forderung:

2 Daher fordern wir die SPD-Landtagsfraktion, die Bundestagsfraktion und die Ratsfraktion
3 auf, den Wohnungsbau auf (weiterhin) mit höchster Dringlichkeit zu behandeln.
4

- 5 **1. Die Wohnungsbaukosten insbesondere in Städten wie Düsseldorf, Köln, Bonn,**
6 **Münster und in anderen Ballungsräumen müssen transparent aufgeschlüsselt**
7 **werden. Die Kostenanteile für Grundstücke, Bauträgerrenditen, Wärmedämmung,**
8 **Brandschutz, Einstellplätze für Autos, behördliche Bearbeitungszeiten und Standards**
9 **müssen anteilig ausgewiesen werden.**
- 10
- 11 **2. Welche beteiligten Wirtschaftsgruppen profitieren von den gestiegenen Baukosten**
12 **mit welchen Anteilen?**
- 13
- 14 **3. Wir fordern eine Evaluierung der in den letzten zehn Jahren erfolgten**
15 **Standardveränderungen, im Verhältnis von Kosten und erwünschter Zielsetzung,**
16 **insbesondere bei den Wärmedämmungsmaßnahmen und dem Brandschutz.**
- 17
- 18 **4. Wir erwarten eine Strategie der Kostendämpfung im Wohnungsbau, damit**
19 **einkommensschwächere Haushalte nicht mehr aus den citynahen Stadtteilen**
20 **verdrängt werden.**
- 21
- 22 **5. Der Bestandschutz für ältere Häuser darf nicht soweit aufgehoben werden, dass die**
23 **Nachbesserungen zu einer erheblichen Verteuerung des bestehenden Wohnraumes**
24 **führen und vielen Eigennutzer oder den Mietern die Kosten nicht tragen können.**
- 25
- 26 **6. Wir fordern vom SPD PV einen Vorschlag für eine Evaluierung der Boden-**
27 **Spekulationssteuer. Hier sollten auch die Überlegungen des ehemaligen Münchner**
28 **OB und Bundesstädtebauministers Hans Jochen Vogel von 1973 zum**
29 **Planungswertausgleich auf ihre Aktualität hin geprüft und bewertet werden.**
- 30
- 31 **7. Kommunal sind folgende Anstrengungen notwendig:**
- 32
- 33 - Das größte Hindernis zur Erreichung der wohnungspolitischen Ziele in den
34 Ballungszentren heißt Flächenknappheit. Deshalb brauchen wir die Einführung eines
35 kommunalen strategischen Flächenmanagements, um auch zukünftig ausreichend
36 Flächen zur kommunalen Verfügung zu haben. Geeignete Grundstücke müssen zum
37 Zwecke des Wohnungsbaus zum aktuellen Bodenrichtwert von den Kommunen
38 gekauft werden.
- 39 - Darüber hinaus muss im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den
40 Umlandgemeinden über die zukünftige Siedlungsentwicklung intensiver verhandelt
41 werden. In einem ersten Schritt sollte hierzu die Entwicklung eines regionalen
42 Flächenrankings zur Wohnbaulandentwicklung mit den Umlandgemeinden
43 angestoßen werden.
- 44 - Die Verwaltungsabläufe müssen weiterhin optimiert werden. Es ist zu prüfen, ob
45 durch die Einführung eines „Projektpaten“, der in Konfliktfällen (z.B. Umweltamt
46 versus Verkehrsplanung o.ä.) übergeordnet entscheidet, Effizienzgewinne erzielt
47 werden können, indem er das Handlungskonzept Wohnen konsequent durchsetzt.
48 Ausnahmetatbestände, die durch besondere Lagen von Grundstücken oder anderen
49 Bedingungen begründet werden, müssen restriktiv gehandhabt werden. Eine

1 Aufweichung der Quote für den sozialen Wohnungsbau durch die Hintertür darf es
2 nicht geben.

3 - Die SPD Düsseldorf steht weiterhin dazu, für bestimmte Quartiere zum Schutz der
4 vorhandenen Bewohnerstruktur die Einrichtung von Milieuschutzsätzen zu
5 fordern. Sie sind das einzige Steuerinstrument, mit dem die schleichende
6 Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen und damit ein allgemeines
7 Ansteigen des Mietspiegels verhindert werden kann.

8
9 - Die SPD Düsseldorf spricht sich dafür aus, eine Wohnverdichtung zu ermöglichen.
10 Hierzu sollen Bebauungspläne überarbeitet werden, so dass ein Wohnungsbau in
11 Hinterhöfen möglich wird. Weiterhin müssen Innenhofflächen für Gewerbe und
12 Handwerk, Künstler und die Kreativwirtschaft erhalten werden.

14 **9. Auf Landes- und Bundesebene erwarten wir:**

15
16 - Die zurzeit in der Diskussion befindliche Novellierung der Landesbauordnung muss
17 sich an den Zielen der bedarfsgerechten Schaffung von Wohnraum orientieren und
18 den notwendigen Ausgleich zwischen Standards für Barrierefreiheit und einer
19 unverhältnismäßigen Belastung bei den Baukosten schaffen.

20
21 - Es sollte geprüft werden, ob für den geförderten Wohnungsbau, für den städteigenen
22 Wohnungsbau und für Wohnungsgenossenschaften die Grunderwerbssteuer
23 entweder erlassen oder mindestens auf 3,5 % gesenkt werden kann.

24
25 - Um weiter Grundstücke für den Wohnungsbau mobilisieren zu können, bedarf es
26 einer Überarbeitung und Straffung des Planungsrechtes. So dürfen die notwendigen
27 Belange des Lärmschutzes nicht dazu führen, dass eine Verdichtung innerhalb der
28 Stadt nicht mehr möglich ist oder aber dazu führen, dass hier ebenfalls die Baukosten
29 eine wirtschaftliche Errichtung von bezahlbarem Wohnraum nicht mehr ermöglichen.

30
31 - Energieeffizienz im Wohnungsbau ist unumstritten ein notwendiger und wichtiger
32 Schritt bei den Bemühungen um den Klimaschutz. Dies darf jedoch nicht dazu führen,
33 dass diese einseitig die Baukosten in die Höhe treibt und damit letztlich den Zielen
34 einer bedarfsgerechten Wohnungspolitik entgegenläuft. Bei der Weiterentwicklung
35 von Energieeffizienz muss zukünftig vielmehr der Weg der Energieerzeugung im
36 Mittelpunkt stehen. Die technischen Möglichkeiten, die heute schon zum Beispiel im
37 Modellquartier Innovation-City in Bottrop erprobt werden, bieten wesentlich mehr
38 Möglichkeiten der effizienten Energieeinsparung, als es die einseitige Erhöhung von
39 Baustandards im Bereich Dämmung ermöglicht.

40
41 **Wir erwarten von unseren Mandatsträgern bis zum nächsten Parteitag zu diesen Fragen**
42 **eine Antwort mit einem Konzept zur Verbesserung mit dem wir bei den Landtags- und**
43 **Bundestagswahlen vor die Wählerinnen und Wähler treten können.**
44

Antrag 3

Antragsteller: Ortsvereine Rheinbogen-Süd und Garath-Ost
Adressat: Bundestagsfraktion, Parteivorstand, Programmkommission

beschlossen

MIETERHÖHUNG NACH MODERNISIERUNG (§ 559 BGB)

Die SPD Düsseldorf fordert die Bundestagsfraktion der SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, den § 559 Bürgerliches Gesetzbuch („Mieterhöhung nach Modernisierung“) ersatzlos zu streichen. Hilfs- und übergangsweise ist die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf sechs Prozent der aufgewendeten Kosten und auf höchstens 15 Prozent der bisherigen Miete zu reduzieren; der Zeitraum ist auf die Amortisationsdauer der Investition zu begrenzen.

Begründung:

Modernisierungsmaßnahmen sind übliche Aufwendungen, die ein Wohnobjekt auf den Stand der Technik bringen. Sie sichern und mehren den Wert des Gebäudes und das Vermögen der Vermieter. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Eigentümer sie finanzieren und nicht etwa die Mieter! Weshalb der § 559 BGB (Elf-Prozent-Regelung mit unbegrenzter Dauer!) ersatzlos zu streichen ist. Mieterhöhungen müssen ggf. im System der ortsüblichen Vergleichsmiete erfolgen.

Die Elf-Prozent-Regelung des § 559 BGB stammt aus einer Zeit deutlich höherer Zinssätze. (Der eff. Zins bei 10jährigen Hypothekendarlehn lag 1978 bei 7 bis 8 Prozent, gegenüber derzeit 2 v.H.) Immer häufiger dient diese überzogene Regelung den lediglich renditeorientierten Wohnungsunternehmen als Investitionsmodell. Wo sonst verzinst sich heutzutage eine Kapitalanlage mit 11 Prozent!

Die Auswirkungen sind derzeit im Düsseldorfer Stadtteil Hassels-Nord lehrbuchmäßig zu beobachten:

Diese Regelung ist unsozial, überfordert eine Vielzahl von Haushalten, schafft Armut und Leid, belastet die Kommunen mit zusätzlichen Kosten der Unterkunft, führt zur Entmischung von Quartieren und verdrängt die angestammte Bewohnerschaft an den Stadtrand oder gar in die Peripherie. Sie gehört abgeschafft!

Hans-Jochem Witzke / David Miga

1 Antrag 4

2
3 **Antragsteller:** OV Flingern

4 **Adressat:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Programmkommission

5 **beschlossen**

7 FÜR DIE WIEDEREINFÜHRUNG EINER NEUEN 8 WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEIT

9 In den städtischen Ballungszentren ist das Fehlen von preisgünstigem Wohnraum längst zu
10 der zentralen sozialen Frage geworden. Einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen, aber
11 auch Teile der Mittelschicht, können sich das Wohnen in der Stadt immer weniger leisten.
12 Die Folgen sind eine soziale Verdrängung dieser Personen aus ihren bisherigen
13 Wohnquartieren, so dass sich unsere Städte weiter sozial entmischen bzw. Menschen einen
14 immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen und damit ihre
15 Armutsgefährdung steigt. In Nordrhein-Westfalen haben wir daher in den letzten Jahren
16 unsere Anstrengungen für den sozialen Wohnungsbau deutlich verstärkt.

17
18 Dennoch erkennen wir, dass sich aufgrund des Auslaufens bisheriger Sozialbindungen von
19 bestehenden geförderten Wohnungen und der steigenden Wohnungsnachfrage der Bestand
20 an preisstabilem und -günstigem Wohnraum noch deutlich steigern muss. Denn 1990 hat die
21 damalige schwarz-gelbe Bundesregierung die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft.
22 Seither sind bundesweit über 2 Millionen der günstigen Sozialwohnungen durch
23 Privatisierung und Auslaufen der Sozialbindung verloren gegangen. Von seinerzeit 3,6
24 Millionen Sozialwohnungen gibt es nur noch 1,5 Millionen. Jahr für Jahr fallen weitere 60.000
25 Wohnungen aus der Sozialbindung – aus bezahlbarem Wohnraum werden unbezahlbare
26 Objekte. Um die soziale Wohnraumversorgung auch dauerhaft sicherzustellen, brauchen wir
27 einen sozialen Wohnungsmarkt, der bezahlbaren Wohnraum für breite
28 Bevölkerungsschichten auch dauerhaft sicherstellt.

29
30 Wir brauchen daher dringend eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die den Bau und Erhalt
31 von bezahlbaren Wohnungen zum Ziel hat.

32 Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, einen Entwurf für ein neues
33 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz auf den Weg zu bringen:

- 34 • Es soll mit europäischem Recht vereinbare Regelungen enthalten, die mit einem Ziel
35 von mindestens 100.000 zusätzlichen günstigen und sozial gebundenen Wohnungen
36 pro Jahr in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt einen gemeinnützigen
37 Sektor in der Wohnungswirtschaft errichtet;
38

- 1 • dabei einen vielfältigen Markt von Baugenossenschaften und Bauvereinen, kommunalen
2 Wohnungsgesellschaften aber auch privaten Vermieterinnen und Vermietern für dauerhaften
3 bezahlbaren Wohnraum schafft – ohne Auslaufen von Bindungen und mit praktikablen
4 Regelungen für Fehlbelegungen;
5 • eine einmalige Investitionszulage zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten pro
6 Quadratmeter vorsieht;
7 • Wohnungsunternehmen und -gesellschaften für ihre gemeinnützige Tätigkeit von der
8 Grunderwerbssteuer, der Gewerbesteuer und der Körperschaftssteuer befreit und
9 durch ausreichende Kontrolle und Berichtspflichten Missbrauch verhindert und
10 sanktioniert, aber auch Mitnahmeeffekte verhindert.

11 Unser Ziel ist es dabei qualitätvollen Wohnraum und sozial gemischte lebenswerte
12 Wohnquartiere zu schaffen. Das erreichen wir durch eine Mischung von unterschiedlichen
13 Wohnformen und Wohnangeboten für unterschiedliche Zielgruppen.

14 Der vorliegende Antrag soll ebenfalls dem nächsten Bundesparteitag zur Beschlussfassung
15 vorgelegt werden, um in das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017
16 aufgenommen zu werden.

17

Antrag 5

Antragsteller: SPD Rheinbogen-Süd

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

beschlossen

WIEDEREINFÜHRUNG DER PARITÄTISCHEN FINANZIERUNG DER BEITRÄGE IN DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG (GKV) KEINE UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN ARBEITGEBERN UND ARBEITNEHMERN BEI DER FINANZIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS:

- ➔ **Gesundheitsausgaben paritätisch durch Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten finanzieren**
- ➔ **Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds erhöhen**

Begründung:

Ab dem 1. Januar 2015 ist durch das „Krankenkassen-Versicherung-Finanzstruktur- und Qualitäts- Weiterentwicklungsgesetz (FQWG) der Ausstieg der Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung der Beiträge in der GKV endgültig gesetzlich festgelegt. Der allgemeine Beitragssatz beträgt nun 14,6 % (Versicherte und Arbeitgeber je 7,3%).

Krankenkassen müssen nun einen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag erheben, wenn die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Dies ist bereits heute bei zahlreichen gesetzlichen Krankenversicherungen der Fall.

Fachleute prognostizieren mittelfristig einen weiteren, rasanten Kostenanstieg im Gesundheitswesen. Die Enquete-Kommission des Bundestages hat ermittelt, dass die heutigen Leistungsaufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen bis zum Jahr 2050 um mehr als 40% steigen werden. Nach aktueller Gesetzeslage müssten diesen Kostenanstieg allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie die Rentnerinnen und Rentner, mit ihren Beiträgen finanzieren.

Doch dies ist bereits nicht die erste, einseitige Zusatzbelastung: Zusätzlich zu den steigenden Beiträgen zur GKV leisten die Versicherten schon seit längerer Zeit erhebliche Zuzahlungen: Kosten für zahnärztliche Behandlungen und Zahnersatz, augenärztliche, hautärztliche und andere fachärztliche Leistungen, sowie zu Medikamenten. Die realen Kosten, die die Versicherten der GKV zu tragen haben, gehen folglich schon jetzt weit über die Beiträge hinaus.

Daher fordern wir, dass die Gesundheitsausgaben paritätisch durch Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten sowie durch die Erhöhung der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds finanziert werden. Langfristig muss jedoch die Einführung einer Bürgerversicherung die oberste Maxime bleiben.

Für den Ortsverein Rheinbogen Süd
David Miga / Hans Vonderhagen

1 Antrag 6

2
3 **Antragsteller:** OV Düsseldorf Mitte-Nord

4 **Adressat:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion
5 im EP

6 **beschlossen**

7 8 STRUKTURELLE ÖKONOMISCHE URSACHEN DER 9 WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE IN EUROPA BESEITIGEN: 10 FÜR EINE GEMEINWOHLORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK, 11 DIE UNGLEICHGEWICHTE ABBAUT UND DER ERREICHUNG 12 DES INFLATIONSZIELS DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK 13 DIENT!

14
15 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 16
17 1. Die SPD Düsseldorf bekennt sich zum von der Europäischen Zentralbank bei
18 Gründung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) definierten
19 einheitlichen Inflationsziel in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
20
- 21 2. Die SPD Düsseldorf fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen
22 Mitglieder der Bundesregierung sowie den SPD-Parteivorstand auf, bei arbeits-,
23 sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Lohnniveau
24 sowie die private und öffentliche Nachfrage stärker in den Blick zu nehmen.
25 Insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik muss die SPD für Bedingungen
26 sorgen, die die Würde der Arbeit verteidigen und wiederherstellen. In diesem
27 Zusammenhang streben wir insbesondere eine weitgehende Rückführung von
28 Leiharbeit sowie ein striktes rechtliches Verbot von sogenannten Schein-
29 Werkverträgen an, die faktisch der Umgehung von sozialversicherungspflichtigen
30 Beschäftigungsverhältnissen dienen. Wir fordern außerdem eine Stärkung
31 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse statt einer weiteren
32 Ausweitung von sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.
33
34
- 35 3. Die SPD Düsseldorf bekräftigt in diesem Zusammenhang das Ziel des ökonomischen
36 Gleichgewichts in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der EU und tritt für eine
37 Wirtschaftspolitik ein, die sich dem Abbau bestehender ökonomischer
38 Ungleichgewichte in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und damit
39 einer in Zukunft ausgeglichenen deutschen Leistungsbilanz verpflichtet sieht.
40 Fortwährende deutsche Handelsbilanzüberschüsse sind zu vermeiden. Der
41 europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU soll aus Sicht der SPD
42 dahingehend erweitert werden, dass eine Erreichung des gemeinsamen EZB-

1 Inflationziels und des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der EU vorrangig vor
2 dem Ziel des Abbaus von öffentlichen Haushaltsdefiziten verfolgt wird.

3
4 **Begründung:**

5 Während seit vielen Monaten die Flüchtlingspolitik die mediale und politische Debatte in
6 Deutschland bestimmt und sich der oberflächliche Begriff der „Flüchtlingskrise“ mehr und
7 mehr durchsetzt, scheint die vormalig den deutschen und europäischen öffentlichen Diskurs
8 prägende Wirtschafts- und Finanzkrise zunehmend an Aufmerksamkeit verloren zu haben.
9 Dieser Verlust an Aufmerksamkeit für die Wirtschaftskrise geht einher mit der Situation, dass
10 die von der Wirtschaftskrise am drastischsten betroffenen Länder im Süden Europas nach
11 wie vor nicht nur eine ökonomische Krise durchleben, sondern auch eine soziale und
12 demokratische Krisensituation entstanden ist und anhält. Skandalös hohe (Jugend-
13)Arbeitslosigkeitsraten z. B. in Griechenland, Spanien und Portugal, die Kürzung von Löhnen,
14 Gehältern und Renten sowie die von der sogenannten „Troika“ durchgesetzten einseitigen
15 Sparprogramme bei den öffentlichen Haushalten (fiskalische Austerität) haben nicht nur das
16 Wirtschaftswachstum in den betroffenen Ländern reduziert und zu einem massiven Abbau
17 von sozialer Gerechtigkeit und Angeboten der öffentlichen Daseinsfürsorge geführt, sondern
18 auch die Chance dieser Länder, ihre Auslandsverschuldung abzubauen. Da die betroffenen
19 nationalen Regierungen und Parlamente de facto oftmals keine wirkliche Wahl über eine
20 Zustimmung zu den von der Troika angeordneten Maßnahmen hatten, ist bei vielen
21 Unionsbürgerinnen und -bürgern der Eindruck entstanden, dass demokratische Wahlen
22 keine Auswirkungen mehr auf die Ergebnisse von Politik haben. Eine solche Entwicklung
23 schadet dem europäischen Gedanken und untergräbt die wirtschaftlichen und politischen
24 Bedingungen für europäische Solidarität (was – darauf weist die ehemalige SPD-
25 Bundespräsidentenskandidatin Gesine Schwan hin - derzeit z. B. angesichts der
26 Diskussion über eine angemessene und faire Verteilung von Flüchtlingen auf alle Staaten der
27 EU leider zu beobachten ist).

28
29 Die ökonomische Krise in der EWWU und der politische Umgang mit ihr ist nach wie vor von
30 einer falschen Krisendiagnose geprägt, weswegen es fast schon folgerichtig ist, dass auch
31 eine falsche Therapie verordnet wurde.

32 Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wurde und wird von konservativer und
33 wirtschaftsliberaler Seite als eine Schuldenkrise insbesondere der südeuropäischen Staaten
34 erzählt. Dabei wurden Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien einseitig die
35 Schuld für die Wirtschaftskrise zugerechnet, indem die „selbstverschuldete Verschuldung“
36 dieser Staaten zum alles erklärenden Grund für die ökonomische Krise in Europa erklärt
37 wurde.

38
39 Dies blendet nicht nur die zeitlich vorausgegangenen Exzesse und die Kreditausfälle im
40 internationalen Bankensektor aus, sondern verkennt das Wesen einer Währungsunion. Der
41 Beitritt zu einer Währungsunion bedeutet das Aufgeben nationaler Inflationsziele und die
42 Zustimmung zu einem gemeinsamen Inflationsziel für die gesamte Union. Das gemeinsame
43 Inflationsziel der Union entspricht den früheren Wechselkursen, mit denen in der Zeit vor
44 dem Euro auf ungleiche Produktivitätsniveaus in einem Handelsraum reagiert werden
45 konnte. Die Schwäche der vorherrschenden Geld- und volkswirtschaftlichen Theorie besteht
46 darin, dass ausschließlich die Geldmenge als bestimmender Einflussfaktor für die Höhe der
47 Inflation angesehen wird. Die Systematik des geltenden Stabilitäts- und Wachstumspakts ist
48 Ausdruck dieses Fehlers.

1
2 Stattdessen sind die Lohnkosten einer Volkswirtschaft der bestimmende Faktor für die
3 Gesamtproduktionskosten einer Wirtschaft und damit für die Inflation. Mit anderen Worten:
4 Lohnkosten sind die wichtigsten Kosten einer Volkswirtschaft. Die EZB hat mit Gründung der
5 EWWU ein Inflationsziel von rund zwei Prozent ausgegeben. Deutschland hat dieses
6 Inflationsziel jahrelang verfehlt, indem die Inflationsrate deutlich unter 2%, öfter sogar unter
7 1%, lag. Dies war das Ergebnis einer angebotsorientierten Wirtschafts- und
8 Arbeitsmarktpolitik, die durch Deregulierungen und eine austeritätszentrierte Fiskalpolitik zu
9 einer Absenkung des Lohnniveaus und öffentlicher wie privater Nachfrage und
10 einhergehenden Investitionsdefiziten führte. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften konnte vor
11 diesem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund lange Zeit keine angemessenen und
12 notwendigen Lohnsteigerungen mehr durchsetzen (diese blieben hinter dem
13 Produktivitätszuwachs zurück).

14
15 Deutschland ist in den letzten 15 Jahren zu einem Niedriglohnland geworden, dass sein
16 Wirtschaftswachstum zu stark über Exporte, nicht aber gestützt durch eine starke
17 Binnennachfrage, organisiert hat. Das Ergebnis dieser Niedriglohnpolitik, die wie
18 beschrieben zu einem systematischen Verfehlen des EZB-Inflationsziels führte, sind deutsche
19 Handelsbilanzüberschüsse und damit denklologisch verbundene Schulden des Auslands in der
20 Bundesrepublik. Wenn ein Land dauerhaft mehr Güter und Leistungen exportiert, als es
21 importiert, dann ist es logisch folgerichtig, dass es andere Länder geben muss, die
22 fortwährend weniger Güter und Leistungen exportieren, als sie importieren. Somit ist die
23 Verschuldung von bestimmten europäischen Ländern nicht nur hausgemacht, sondern eine
24 Konsequenz einer verfehlten und stabilitätsgefährdenden Wirtschaftspolitik in Deutschland.
25 Insofern hat die angebotsorientierte und wirtschaftsliberale Doktrin – neben Exzessen in
26 der Finanzindustrie und den Auswüchsen eines Casino-Kapitalismus der Geschäftsbanken -
27 Mitverantwortung an den Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU. Die
28 politische Reregulierung des Bankensektors ist ein richtiger Schritt, ersetzt aber keine
29 Abkehr von fortwährenden deutschen Handelsbilanzüberschüssen.

30
31 Statt in Europa ausschließlich auf ökonomisch und sozial kontraproduktive Sparprogramme
32 in den verschuldeten Staaten zu setzen, muss auch die deutsche Politik ihren Beitrag zu einer
33 Lösung der Krise leisten. Dies wäre nicht nur im europäischen Interesse, sondern würde auch
34 der zunehmenden Spreizung der Einkommen und Vermögensverteilung in Deutschland
35 entgegenwirken. Deutschland muss seine Handelsbilanzüberschüsse durch eine höhere
36 Nachfrage und mehr öffentliche Investitionen in Kommunen und der Infrastruktur
37 ausgleichen. Richtige sozialdemokratische Entscheidungen wie die Einführung des
38 Mindestlohns, die Rente mit 63 oder inhaltliche Diskussionen in der SPD und der
39 Gesellschaft über eine notwendige Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus sind in diesem
40 Sinne beizubehalten und weiter zu forcieren, da sie die Kaufkraft und die Nachfrage in
41 Deutschland stärken und eine positive ökonomische Entwicklung in Gang setzen, die zu einer
42 Erreichung des Inflationsziel der EZB führt.

43
44 In diesem Zusammenhang ist auch die Wichtigkeit von weiteren strategischen arbeitsmarkt-
45 und sozialpolitischen Maßnahmen zu betonen, die den Druck auf Beschäftigte und ihre
46 Erwerbseinkommen abmildern. Die Verteidigung der Würde der Arbeit ist nicht nur ein
47 sozialetisches Gebot, sondern auch ökonomisch klug.
48 Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum ALGII hätte beispielsweise
49 unmittelbar mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erfolgen müssen. Ohne die

1 Flankierung durch einen gesetzlichen Mindestlohn wirkte das Niveau des ALG2-Regelsatzes
2 faktisch für viele Beschäftigte erwerbseinkommensmindernd bzw. verhalf den Arbeitgebern
3 zur Durchsetzung von Niedriglöhnen. Wir brauchen – neben Impulsen für mehr
4 Beschäftigung - außerdem eine Diskussion über die zukünftige Höhe des Niveaus von
5 sozialen Transferleistungen, da die Höhe des ALGII-Regelsatzes sowie der zeitliche Abstand
6 zwischen ALG1- und ALGII-Bezug oft zu fehlender sozialer und ökonomischer Teilhabe bzw.
7 zu Armutsängsten führen. Im Sinne einer Stärkung der Kaufkraft insbesondere der geringen
8 Einkommen aber auch im Sinne der Absicherung von Lebensstandards ist dies abzulehnen.
9 Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt als ein zentrales Element der europäischen
10 Wirtschaftspolitik muss dahingehend geändert werden, dass nicht ausschließlich die
11 Vermeidung von öffentlicher Verschuldung das oberste Ziel des Paktes ist, sondern
12 ausgeglichene Handelsbilanzen der Mitglieder der EWWU und die Erreichung des
13 gemeinsamen Inflationsziels gleichberechtigt und real durch den Pakt verfolgt werden. Der
14 Pakt muss zukünftig durch konkrete Inhalte aufzeigen, dass dauerhafte
15 Handelsbilanzüberschüsse einer Volkswirtschaft stabilitätsgefährdend sind. Dabei sind
16 insbesondere solche finanzpolitischen Instrumente im Pakt zu benennen, die es Staaten mit
17 einer niedrigen öffentlichen Investitionsquote erlauben, die Einnahmen zu generieren, die
18 für eine Anhebung der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und öffentliche
19 Daseinsvorsorge notwendig sind. Dies sollte vorrangig über eine gerechte und progressive
20 Steuerpolitik erfolgen. Dies im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu benennen, würde auch
21 vorhandene Tendenzen zu einem europäischen Steuerdumpingwettbewerb minimieren.

22
23 Aber auch das im Pakt vorherrschende Paradigma der Verurteilung von öffentlicher
24 Kreditaufnahme wirkt kontraproduktiv, da der Staat als Nachfrager von überschüssigem
25 Kapital sinnvolle Investitionen tätigen und Anlegern gleichzeitig Zinseinkommen ermöglichen
26 kann. Statt einer einseitigen Diskussion über eine Schuldenbremse brauchen wir eine
27 Diskussion über eine Verwahrlosungsbremse. Zudem führen öffentliche Investitionen zu
28 Folgeinvestitionen des privaten Sektors, was wiederum die Nachfrage in einer
29 Volkswirtschaft und einem Handelsraum erhöht und den Abbau von ökonomischen
30 Ungleichgewichten befördert. Solange zu wenig privates Kapital für sinnvolle Investitionen
31 nachgefragt wird, wird sich zudem auch das Zinsniveau in Europa nicht erholen.
32 Insbesondere zu den letztgenannten Punkten (Steuerpolitik, Notwendigkeit von öffentlichen
33 Investitionen) hat der letzte UB-Parteitag wichtige Beschlüsse gefasst. Diese müssen ergänzt
34 werden um politische Forderungen und Ideen zur Lösung der europäischen Wirtschafts- und
35 Finanzkrise, die wie oben beschrieben zu einer sozialen Krise und einer Solidaritätskrise
36 geworden ist. Insofern versteht sich der vorliegende Antrag auch als ein Debattenbeitrag aus
37 Düsseldorf zur Wiederbelebung und Verteidigung der Idee von Europa als einem Kontinent,
38 der seinen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand, sozialen Fortschritt und eine gute
39 Nachbarschaft ermöglicht. Der Antrag appelliert ferner an die Wirtschaftspolitik, sich wieder
40 stärker dem Gemeinwohl verpflichtet zu sehen.

41

Antrag 7

Antragsteller: Arbeitskreis EUROPA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag / Parteikonvent, SPD Abgeordnete im Europaparlament, im Bundestag und im Landtag

beschlossen

EUROPA NACH DEM BREXIT-REFERENDUM: GRUNDRECHTE BEWAHREN – EUROPA STÄRKEN

Das Brexit-Referendum ist der jüngste Beleg für ein schwindendes Ansehen der Europäischen Union.

Das Ansehen kann nur durch zwei Schritte wieder zurückgewonnen werden:

- a) Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Handlungsfähigkeit der Union unter Beweis stellen.

Dazu bieten die Verträge mehr Möglichkeiten als zurzeit genutzt werden.

- b) Die politisch Handelnden auf Kommunal-, Landes und Bundesebene dürfen die grundlegenden Prinzipien der Union nicht nur in allgemeinen Stellungnahmen verteidigen, sondern müssen sie in Projekten und Wahlprogrammen zum konkreten Leitfaden ihres täglichen politischen Handelns machen.

Daher überweist der UB-Parteitag diesen Antrag an die Programmkommissionen der Landes- und der Bundespartei mit der Forderung, die nachfolgend aufgeführten Prinzipien und Maßnahmen in das jeweilige Wahlprogramm aufzunehmen.

1. Werben für das Wesen der Europäischen Union

Die Umsetzung der Entscheidung der britischen Wählerinnen und Wähler vom 23. Juni 2016, die Europäische Union (EU) verlassen zu wollen, wäre ein Verlust sowohl für Großbritannien als auch für die EU und Europa. Dies nicht allein aus ökonomischen Gründen. **Die EU versteht sich als Gemeinschaft**, die sich **auf der Grundlage** des kulturellen, religiösen und humanistischen Erbes unseres Kontinents zu einer Organisationsform des friedlichen Miteinanders der europäischen Völker entlang der unveräußerlichen Grundprinzipien **von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten** entwickelt hat. Die Idee eines vereinten Europas wurde in den letzten Jahrzehnten von Generation zu Generation weiterentwickelt, um den Menschen – anders als in den meisten Regionen der Welt – ein Leben in Würde, Wohlstand und ohne Repressionen zu ermöglichen. Die Entwicklung der europäischen Integration ist bislang eine große Erfolgsgeschichte und eine der glücklichsten Epochen der Geschichte Europas.

2. Herausforderungen in der Europäischen Union proeuropäisch begegnen

Mit der Entscheidung des britischen Volkes, den Austritt aus der EU einzuleiten, ist zum ersten Mal in der Geschichte der Union ein deutlicher Desintegrationsschritt zu verzeichnen. Diese Zäsur offenbart ein tiefes **Unbehagen der Menschen gegenüber der EU** und den politischen Eliten. In keinem Fall darf der anstehende Brexit mit einem „business as usual“ beantwortet werden, weder durch die EU und ihre Institutionen, noch durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die Adressaten (ebenso wie alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten) müssen in Zeiten, in denen Populisten

- 1 vielerorts gegen die EU polemisieren, umso mehr um ein Europa kämpfen, das nach wie
2 vor der Garant für Frieden, Wohlstand und eine bessere Zukunft ist.
- 3 **3. Demokratische Entscheidungen respektieren**
4 Art. 50 Abs. 1 des EU-Vertrags ermöglicht jedem Mitgliedstaat, aus der Union
5 auszutreten. Der EU-Vertrag und der Geist Europas gebieten daher, die **britische**
6 **Entscheidung zu respektieren**. Sie gebieten aber auch, dass das Vorgehen entlang der
7 dafür in den Verträgen vorgesehenen Verfahren erfolgt.
- 8 **4. Europäische Prinzipien bei der Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten**
9 **aufrechterhalten**
10 Die Mitglieder der Europäischen Union genießen die Vorteile einer engen politischen
11 und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dazu gehören miteinander verwobene Rechte
12 und Pflichten. Daher wäre es unzulässig, die Vorteile der Mitgliedschaft in der Union zu
13 entwerten, indem man Staaten, die nicht Mitglied der Union sein wollen, einseitig
14 Rechte zugesteht, sie aber von gemeinsamen Pflichten freistellt. Somit ist z. B.
15 sicherzustellen, dass ein uneingeschränkter Zugang zum Europäischen Binnenmarkt die
16 Pflicht beinhaltet, alle vier ökonomischen Grundfreiheiten (freier Warenverkehr,
17 Dienstleistungsfreiheit, Personenfreizügigkeit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr)
18 uneingeschränkt zu gewährleisten. **Eine „Rosinenpickerei“ ist durch die Adressaten zu**
19 **vermeiden**.
- 20 **5. Den innereuropäischen Frieden als Kern des Europäischen Projekts wieder ins**
21 **Bewußtsein rufen**
22 Die Europäische Union verdient es, dass man sich zu ihr bekennt. Das **Friedensprojekt**
23 mag derart erfolgreich gewesen sein, dass dieser Aspekt – fälschlicherweise – als
24 selbstverständlich und unumkehrbar betrachtet wird. Fakt ist aber, dass das
25 Grundprinzip des friedlichen und solidarischen Ausgleichs von Interessen immer wieder
26 neu geübt werden muss. Dies gilt umso mehr in einer stark gewachsenen EU.
- 27 **6. Neue Ansätze für eine solidarische Wohlförderung entwickeln**
28 Als **Wohlförderung** scheint die EU gegenwärtig nur einzelnen Mitgliedstaaten, wie
29 Deutschland, zu dienen. Ein Blick auf die ökonomische Situation von Ländern wie
30 Portugal, Spanien und Griechenland in den 70er Jahren lässt derartige Vermutungen
31 zwar verstummen, auch hier sind unzweifelhaft große Aufholprozesse zu verzeichnen.
32 Dennoch hat die Weltfinanz- und die folgende Staatsschuldenkrise viele Mitgliedstaaten
33 derart getroffen, dass die ökonomischen Folgen heute bei weitem noch nicht bewältigt
34 sind. Wo 20, 30 oder gar 50% der jungen Menschen ohne Arbeit sind, kann aus einer
35 ökonomischen Katastrophe schnell eine politische Destabilisierung werden. Hier ist die
36 EU gefordert. **Es gehört zu einer Gemeinschaft, solidarisch Krisen zu bewältigen**, ohne
37 eine Transferunion zu etablieren (analog zu einem Länderfinanzausgleich).
38 Armutsmindernde und beschäftigungsfördernde Maßnahmen sind möglich, indem
39 länderübergreifende Projekte (Verkehr, Energie, Digitalisierung) umgesetzt werden, die
40 allen gleichermaßen zugute kommen und gemäß der wirtschaftlichen Leistungskraft
41 ungleich finanziert werden. Eine regelgeleitete Fiskalpolitik ist dabei in einer
42 Währungsunion ohne Alternative. Gleichzeitig zeigt sich unbestreitbar, dass die bislang
43 verordnete Austeritätspolitik sich als alleiniger Ansatz nicht bewährt hat.
- 44 **7. Angleichen der Lebensverhältnisse im Hinblick auf Beschäftigung und EU-Migration**
45 Die Europäische Union ist eine politische Gemeinschaft, fußend auf gemeinsamen

1 Werten der Aufklärung. Ungeachtet nationaler Vielfalt bei der Umsetzung des
2 Gemeinschaftsgedankens muss es das **Ziel dieser Gemeinschaft sein, die**
3 **Lebensverhältnisse einander anzugleichen**. Insbesondere einer armutsbedingten
4 Migration, einer Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen Staaten der
5 Gemeinschaft und einer Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte (Brain Drain) ist
6 daher entgegenzuwirken. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, in den einzelnen Ländern der
7 Union Verhältnisse zu etablieren, die in einer Gemeinschaft sozial und ökonomisch
8 kompatibler Staaten münden. Unterschiede sind tragbar, eine Kluft zwischen
9 Mitgliedern der Union ist es nicht.

10 8. **Gemeinsame Interessen gemeinsam durchsetzen**

11 Einfluss bedarf der Stärke. Hinsichtlich geographischer Ausdehnung und Personenzahl
12 sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im globalen Maßstab nur eine
13 vernachlässigbare Größe. **Stark ist die Union ökonomisch sowie in bezug** auf die
14 Umsetzung der **Menschen- und Grundrechte**. Wenn wir diesen Einfluss nicht verlieren
15 wollen, können wir dem „Rest der Welt“ in einer multipolaren Weltordnung, in der sich
16 die Gewichte in den kommenden Jahrzehnten noch gravierend verschieben werden, nur
17 als Gemeinschaft begegnen; **jeder europäische Nationalstaat wäre einzeln dazu nicht**
18 **in der Lage**. Deshalb ist ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Europäischen Union nicht
19 nur eine Frage moralischer Aufrichtigkeit, sondern eine Frage der existentiellen
20 Notwendigkeit.

21 9. **Stärken der konkreten Handlungsfähigkeit durch die sogenannte „Verstärkte** 22 **Zusammenarbeit“**

23 Die Europäische Union braucht zu diesem Zweck dringend eine größere Problemlösungs-
24 und Handlungsfähigkeit in drängenden Fragen. Allzu oft blockieren sich die
25 Mitgliedstaaten im Rat gegenseitig oder sind in höchst unterschiedlichem Maße bereit,
26 gemeinsame Lösungen zu finden. Dies ist nicht akzeptabel. Deshalb sind die Adressaten
27 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die in einem
28 Politikfeld voran gehen wollen, dies auch entschlossen tun. Schon mehrfach hat ein
29 Voranschreiten einer Gruppe von Mitgliedstaaten Fortschritte ermöglicht, denen sich
30 nach und andere Mitgliedstaaten anschlossen. Intergouvernementelle Vereinbarungen
31 (solche zwischen Nationalstaaten) sind in diesem Kontext abzulehnen. Die in Art. 20 EU-
32 Vertrag sowie in Art. 326 bis Art. 334 AEU-Vertrag vereinbarte „Verstärkte
33 Zusammenarbeit“ erlaubt, die pragmatische Intensivierung der europäischen
34 Zusammenarbeit einer Gruppe von Mitgliedstaaten im Rahmen der Verträge und der
35 gemeinschaftlichen Verfahren. Dies ist das Mittel der Wahl, um die Handlungsfähigkeit
36 der Union zu demonstrieren. **Verstärkte Zusammenarbeit ist vereinfachte**
37 **Zusammenarbeit**.

38 Unmittelbar umsetzbare Handlungsfelder sind z. B. die Bereiche Innere Sicherheit,
39 Terrorabwehr, Außenbeziehungen und Migration. Wesen und Ausmaß dieser
40 Phänomene kann ausschließlich durch gemeinsames Handeln der Europäer wirksam
41 begegnet werden.

42 10. **Aktives Einbinden der Zivilgesellschaft durch gemeinsame Veranstaltungen und** 43 **Aktionen**

44 Die Europäische Union hat die Menschen auf ihrem Territorium einander
45 nähergebracht. Der Wegfall von Grenzen, eine einheitliche Währung (in 19 von zur Zeit
46 28 Mitgliedstaaten), ungehindertes Reisen, Lernen und Arbeiten sowie eine Vielzahl
47 gemeinsamer Projekte haben die jeweils nationale Identität nicht verdrängt, sondern

1 eine zusätzliche europäische Identität wachsen lassen.
2 Angesichts der zunehmenden Etablierung nationaler und nationalistischer Bestrebungen
3 gilt es, auch außerhalb der Arbeit politischer Parteien zivilgesellschaftliche Gruppen
4 einzubinden, um gemeinsam mit allen Kräften für den Erhalt und die fortschreitende
5 Entwicklung der Europäischen Union einzustehen. Daher sind die Adressaten (ebenso
6 wie alle Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) aufgefordert,
7 gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Unternehmen, den IHKs und
8 Handwerkskammern, den Städtetagen, dem DIHK etc. **Veranstaltungen ins Leben zu**
9 **rufen, die** der Öffentlichkeit unmittelbar **aufzeigen**, wie europäisch auch lokale
10 Institutionen sind, welche Vorteile bestehen, nur weil es eine Europäische Union gibt
11 und **welche Vorteile die Union** den Bürgerinnen und Bürgern **im alltäglichen Leben**
12 **bietet**, wie z. B. das Programm „Erasmus+“ oder der Europäische Sozialfonds ESF. Dabei
13 sollen auch Argumente vermittelt werden, warum unsere gemeinsamen Werte von
14 Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Liberalität wichtig sind.

15 **11. Nationale Entscheidungen nicht der Europäischen Union vorwerfen**

16 Dem **Mythos der** vermeintlich **unfähigen Europäischen Kommission** ist
17 **entgegenzuwirken**. Die Kommission mag Fehler machen, aber sie funktioniert. Oft sind
18 es die europäischen Nationalstaaten, die im Rat nicht zu einer Entscheidung kommen,
19 oder schlimmer noch, sich zu einer getroffenen Entscheidung nicht bekennen. Dieses
20 sogenannte „scape goating“ muss endlich ein Ende haben. Kurzum. Es ist die Aufgabe
21 der Adressaten, von nationalen Politikern und Politikerinnen einzufordern, zu ihren
22 Entscheidungen oder auch Blockaden zu stehen. Erst dann können die Bürgerinnen und
23 Bürger erkennen, dass nicht immer die EU oder die Kommission zu kritisieren sind,
24 sondern die nationalen Entscheidungsträger im Rat der Europäischen Union bzw. im
25 Europäischen Rat. Ansonsten wird die EU weiter diskreditiert.

26 **12. Vertiefung des Demokratisierungsprozesses der Europäischen Union als permanente**
27 **Aufgabe**

28 Positionen, Zuständigkeiten und Rechtsnormen der Europäischen Union werden durch
29 demokratisch legitimierte Repräsentanten geregelt. Sie sind somit demokratisch
30 legitimiert (zur Erinnerung: auch Kabinettsmitglieder eines Staates oder der meisten
31 Teilstaaten werden ernannt). Es fehlt jedoch ein garantiertes Initiativrecht für das
32 Europäische Parlament, das in den nationalen Parlamenten ein fundamentales Recht
33 darstellt. Die Adressaten sind daher aufgerufen, sich **bereits mittelfristig dafür**
34 **einzusetzen, die Demokratisierung der Institutionen fortzusetzen.**

35

Antrag 8

Antragsteller: Afa-UB-Vorstand Düsseldorf

Adressaten: SPD-Unterbezirksvorstand, SPD-Landesbezirk, SPD-Bundesvorstand, Bundesparteitag, Landtagsfraktion

beschlossen

BESCHLEUNIGUNG DES GESETZLICHEN VERBOTS SACHGRUNDLOSER BEFRISTUNG UND EINDÄMMUNG SACHGRUNDBEZOGENER BEFRISTUNG

Die SPD im Land und Bund wird aufgefordert:

- **endlich auf eine zeitnahe Einführung des gesetzlichen Verbots der sachgrundlosen Befristung zu drängen**
- **sich für eine massive Eindämmung sachgrundbezogener Befristung einzusetzen**
- **sich für eine massive Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Werksverträgen einzusetzen**

Der SPD-UB-Vorstand wird aufgefordert, sich hier offensiv gegenüber den übergeordneten Ebenen für die Durchsetzung der Forderungen einzusetzen.

Begründung:

Trotz der Ankündigung über das anstehende Gesetz wird weiterhin von der Regelung der sachgrundlosen Befristung Gebrauch gemacht. Diese stellt eine Verlängerung der im Normalfall auf sechs Monate angelegten Probezeit dar. Hier ist eine massive Einschränkung des Mitarbeiters zu sehen, da er sich in dieser Zeit zweimal überlegen wird, für berechnete Forderungen einstehen zu können oder nicht, da er als Konsequenz das Auslaufen seines befristeten Vertrages fürchten muss.

Die sachgrundbezogene Befristung führt oft zu einer Verkettung von aufeinander folgenden Befristungen. Es gibt Beispiele, wo bis zu 15 hintereinander erfolgten Befristungen gegeben hat. Ein beliebtes Mittel ist das Unterstellen der auszuschreibenden Stelle unter den Projektspekt. Hier sollte genau darauf geachtet werden, ob es sich bei diesen Stellen tatsächlich um zeitlich befristete Projekte handelt, oder ob Daueraufgaben so "verschleiert" werden, dass sie nur wie Projekte erscheinen.

Weitere Begründung kann bei Bedarf mündlich erfolgen.

Bevollmächtigter des Antragstellers: Peter Kreutler

Antrag 9

Antragsteller: OV Bilk

Adressaten: Landtagsfraktion der SPD in Nordrhein-Westfalen

Überweisung an die AfB

EINRICHTUNG EINES SCHULFACHES „WIRTSCHAFTSKUNDE“

Der Landtag in Nordrhein-Westfalen möge beschließen, ab der fünften Klasse ein Fach „Wirtschaftskunde“ einzurichten, in welchem die Schülerinnen und Schüler ökonomische Kenntnisse erwerben, mit denen sie

- die jeweiligen Interessen der unterschiedlichen Akteure unseres Wirtschaftslebens erkennen können,
- befähigt werden, grundlegende Diskussionen über unser derzeitiges Wirtschaftssystem fundiert führen zu können,
- persönliche Kompetenzen entwickeln, um ihren Lebensalltag besser bewältigen zu können.

Begründung

Die Vermittlung wirtschaftlicher Kenntnisse in Schulen ist in Deutschland zurzeit mehr als lückenhaft organisiert. Zwar existieren in NRW Richtlinien und Lehrpläne zur Vermittlung ökonomischer Bildung in verschiedenen Unterrichtsfächern für alle Schulformendes Landes. Eine Kontrolle der Umsetzung der vorgegebenen Kernlehrpläne erfolgt jedoch nicht. Statistische Erhebungen zum Ausmaß des Unterrichtsausfalls sowie des fachfremderteilten Unterrichts liegen nicht vor.

In Einzelmaßnahmen finden von Medien und Wirtschaft initiierte Veranstaltungen in der Form „Schule trifft Unternehmen“ statt. Es fehlt allerdings die Vermittlung einer übergreifenden Sicht, die den unterschiedlichen Interessen der Akteure unseres Wirtschaftslebensgerecht wird. Dies kann nur das Fach „Wirtschaftskunde“ leisten. Zwar ist es durchaus zu begrüßen, wenn Unternehmensvertreter in die Schulen gehen und ihre Arbeit und ihr Unternehmen vorstellen. Jedoch kann eine kritische Reflexion dabei aber nicht erwartet werden. Völlig fehlen Begegnungen zwischen Schulen und Gewerkschaften odergemeinwirtschaftlichen Organisationen.

Seit einigen Jahren erleben wir auch, dass unser Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage gestellt wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen daher befähigt werden, die Vor- und Nachteile unseres derzeitigen Wirtschaftssystems im Vergleich zu anderen bestehenden, vergangenen oder sonst vorstellbaren Wirtschaftssystemen erkennen zu können.

Gegenwärtig werden die Schülerinnen und Schüler von den Schulen (und den Eltern)überwiegend nicht hinreichend über das Entstehen und die Folgen persönlicher finanzieller Verschuldung aufgeklärt. Sie sollten aber über den Nutzen von Krediten wie auch über deren Gefahren bis hin zur privaten Insolvenz informiert werden.

1 Antrag 10

2
3 **Antragsteller:** OV Oberbilk

4 **Adressaten:** SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
5 Landesvorstand, SPD-Bundesparteitag

6 **beschlossen**

8 WIEDEREINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSTEUER FÜR 9 NATÜRLICHE PERSONEN

10
11 Forderung:

12 **Wir fordern die Wiedereinführung einer Vermögensteuer für natürliche Personen.**

13
14 Begründung:

15 Schon immer hat sich das Steuerrecht an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der
16 Steuerpflichtigen orientiert. Dieses sog. Leistungsfähigkeitsprinzip ist ein Fundamentalprinzip
17 des deutschen Steuerrechts und wird dem Allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG
18 gerecht. Wer vermögend ist, ist bei gleichem Einkommen, stets leistungsfähiger als
19 derjenige, der bei gleichem Einkommen über kein Vermögen verfügt. Vermögen zu
20 besteuern, widerspricht also nicht dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Vielmehr gebietet es die
21 Steuergerechtigkeit als Ausfluss des Leistungsfähigkeitsprinzips das Vermögen zu besteuern.
22 Auch ein Blick in unser Grundgesetz zeigt, dass der Grundgesetzgeber eine Vermögensteuer
23 vorgesehen hat. Art. 106 Abs. 2 Nr. 1 GG nennt explizit die Vermögensteuer als Steuer, die
24 für das Aufkommen der Länder bestimmt ist.

25 Diese wichtige Einnahmequelle ist für die Länder durch die Abschaffung der Vermögensteuer
26 im Jahre 1997 weggefallen. Dadurch haben die Länder Einnahmeverluste in Höhe von etwa 9
27 Milliarden Euro hinzunehmen. Im Verfassungsrecht gilt der Grundsatz aus Art. 104a GG: „Die
28 Ausgabenlast folgt der Aufgabenlast.“ Es ist zu erkennen, dass die Länder in den letzten
29 Jahren immer mehr Aufgaben zugewiesen bekommen haben und damit die Ausgaben
30 entsprechend gestiegen sind. Insoweit wäre die Wiedereinführung einer Vermögensteuer
31 bereits ein richtiger Schritt zur finanziellen Entlastung der Länder.

32 Von den Gegnern einer Vermögensteuer werden im Wesentlichen immer wieder zwei
33 Argumente angeführt:

- 34
- 35 • Die Vermögensteuer sei eine reine Neiddebatte; wer wirtschaftlich mehr leiste, solle
36 auch sein Vermögen bewahren dürfen.
 - 37 • Die Vermögensteuer sei ungerecht, weil bereits besteuertes wieder besteuert
38 würde.

39 Diese Aussagen lassen sich steuersystematisch widerlegen. In Hinblick auf das oben
40 genannte Leistungsfähigkeitsprinzip wird klar, dass es eben Ausdruck der Steuergerechtigkeit
41 ist, dass der Leistungsfähigere auch zur Vergleichsgruppe mehr zum Allgemeinwohl beiträgt.
42 Die soziale Disparität zwischen Vermögenden und nicht Vermögenden gebietet zudem aus
43 gesellschaftlicher Sicht eine entsprechende Beteiligung der Vermögenden am
44 Allgemeinwohl. Zudem kann nicht davon gesprochen werden, dass einzig bei der
45 Vermögensteuer bereits Besteuerteres wieder versteuert werden muss. Ansonsten müsste
46 man auch jegliche Verbrauchsteuern oder die Umsatzsteuer abschaffen, denn hier wird

1 bereits besteuertes Einkommen wieder versteuert. Auch die Abgeltungsteuer im Rahmen
2 der Kapitalerträge setzt darauf, dass bereits versteuertes Geld wieder besteuert wird. Es
3 handelt sich insofern um nicht nachvollziehbare Argumente.

4 Hingegen werden sozialstaatliche Leistungen heutzutage immer mehr von Menschen
5 finanziert, die zunehmend immer mehr selbst auf staatliche Leistungen angewiesen sind.
6 Einkommen und Vermögen des Mittelstands sinken immer weiter, sodass die Schere
7 zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklafft.

8 Durch die in Deutschland angeordnete Schuldenbremse und in Hinblick auf einen stetig
9 ansteigenden Haushalt in Bund und Ländern, bietet sich auch keine Alternative, als dass die
10 Vermögenden sich an der Finanzierung beteiligen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer ließe
11 wirtschaftlich die Kaufkraft sinken und würde somit über kurze Sicht zu weniger
12 Wertschöpfung in den Unternehmen führen. Folglich müssen die Vermögenden ihren
13 angemessenen Teil zur Finanzierung beitragen.

14 Dass eine Vermögensteuer in verfassungsgemäßer Weise möglich ist, hat auch das
15 Bundesverfassungsgericht in der Entscheidung von 1995, aufgezeigt.

16 Argumente durch Zahlen belegt:

17 Nach der Rechnung der DIW könnte eine Vermögensteuer ein Steueraufkommen von bis zu 20 Milliarden Euro einbringen.

18 (http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.525373.de/16-4-1.pdf)

19 **Das BMF schreibt: „Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2015 erhöhen sich die Steuereinnahmen voraussichtlich um rund 100
20 Mrd. € auf dann 652 Mrd. €“.**

21 ([http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2011/06/Artikel/analysen-und-berichte/b04-struktur-und-
23 verteilung-der-steuereinnahmen/struktur-und-verteilung-der-steuereinnahmen.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2011/06/Artikel/analysen-und-berichte/b04-struktur-und-
22 verteilung-der-steuereinnahmen/struktur-und-verteilung-der-steuereinnahmen.html))

24 Die Vermögensteuer war bis zu ihrer Abschaffung stets eine zuverlässige Einnahmenquelle für die Länder (siehe die Zahlen des BMF vor der
25 Abschaffung der Vermögensteuer und danach im Jahr 1997)

26 **Steueraufkommen 1994 – 1999**

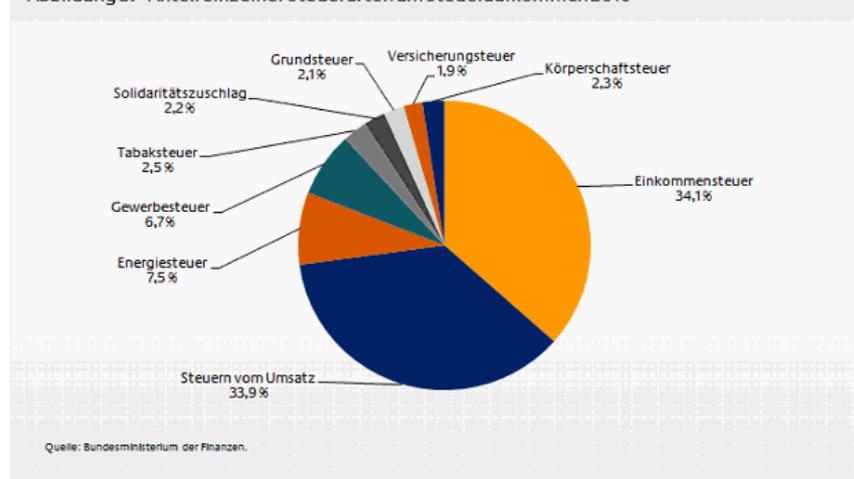
27 ([http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-
29 kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage11.pdf?__blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-
28 kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage11.pdf?__blob=publicationFile&v=3))

30 **Steueraufkommen 1997 – 2004**

31 ([http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-
33 kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage10.pdf?__blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-
32 kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage10.pdf?__blob=publicationFile&v=3))

34 **Etwa 1/3 der Steuereinnahmen erhält der Staat durch die Einkommensteuer, also insbesondere durch lohnsteuerpflichtige
35 Arbeitnehmer! (siehe Grafik)**

36 **Abbildung 3: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen 2010**



38 **Die Vermögen der Reichen sind gestiegen! → Einnahmequelle**

39 (<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>)

40 **Die unteren Einkommen sind gar nicht dazu fähig die gestiegene Ausgabenlast des Staates zu kompensieren, da sie wie hier zu sehen ist
41 gar kein Vermögen aufbauen können!**

42 (<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/sparverhalten-nach-einkommen>)

Antrag 11

Antragsteller: OV Oberbilk

Adressaten: SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesparteitag

beschlossen

INFRASTRUKTURPAKET

Der Unterbezirksparteitag der Düsseldorfer SPD fordert den Landesvorstand NRW und den Parteivorstand auf in den nächsten Monaten ein Infrastrukturpaket vorzulegen, das die Investitionsbereiche- und -ziele, -kosten und die Finanzierung benennt. Der Zeitplan sollte überschaubar sein. Infrastrukturpaket I bis 2021, Paket II bis 2025.

Ebenso erwarten wir von der sozialistischen Fraktion im Europaparlament den sogenannten Juncker-Plan (630 Mrd. bis 2022/ Stand:14.09.2016) in Kraft zu setzen. In Europa wurden 2015 430 Mrd. € weniger investiert als vor 7 Jahren.¹⁾

Wir brauchen baldmöglichst die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland und in Europa. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit der EU und Deutschlands, schafft zukunftsträchtige Arbeitsplätze und Einkommen und kann die Zukunftsängste vieler Menschen reduzieren. Was nützt die „Schwarze Null“, im Haushalt, wenn die Infrastruktur marode ist. Das haben wir im Schulbau in Düsseldorf nach 14 Jahren CDU/FDP-Mehrheit erleben dürfen.

Wir erwarten vom Landesvorstand und Parteivorstand eine Initiative vor den Landtags- und Bundestagswahlen.

Begründung:

Analysen von Wirtschaftsinstituten stellen seit Jahren fest, dass die Bundesrepublik einen dramatischen Investitionsrückstand bei der Technischen und der Sozialen Infrastruktur hat.

Im Verkehrssektor (Straße, Schiene, Wasserwege, Luftverkehr) wird von einem Rückstand, je nach Institut von mehreren Mrd. Euro gesprochen. Europa hat einen Infrastruktur-Rückstand von 470 MRD €. Der Kommission liegen ca. 2000 beantragte Projekte mit einem Volumen von 1300 Mrd. € Investitionen zur Genehmigung vor.

Der Rückstand bei den digitalen Netzen ist, trotz größerer Anstrengungen in den letzten Monaten, im Vergleich zu den USA und asiatischen Ländern, besorgniserregend.

Auch Investitionen bei der Sozialen Daseinsvorsorge sind zurückgefahren worden.

Ebenso sind die privaten Investitionen der privaten Wirtschaft rückgängig.

Die von Bundeswirtschaftsminister Gabriel einberufene Expertenkommission (Fratscher-Kommission) hat mit ihrem Bericht vom 15. April 2015 vorgeschlagen, ein Infrastrukturpaket bis 2020 in Kraft zu setzen. Leider konnte sich die Kommission nicht auf ein Gesamt-

1 Investvolumen verständigen. Zur Finanzierung wurden auch öffentliche und gemischte Fonds
2 in Erwägung gezogen, um die Verschuldungssperre nicht aus den Augen zu verlieren.

3
4 In einer Phase der Niedrigzinspolitik sollte die Infrastruktur eines Landes nach vorne
5 gebracht werden. Diese Investitionen zahlen sich bereits in naher Zukunft aus. In Zeiten
6 höherer Zinsen sind die Investitionen um ein Vielfaches teurer.

7
8 Der Zusammenhang von Investitionen und Wachstum muss politisch wieder thematisiert
9 werden. Wenn wir über keine leistungsfähige, öffentliche Infrastruktur - Stadtentwicklung,
10 Verkehr, Kommunikation, Energie, Umwelt und Bildung - verfügen, werden wir den derzeit
11 hohen Stand der deutschen Wettbewerbsfähigkeit nicht erhalten können.

12
13 *„Eine zentrale Schwäche in Deutschland ist die fehlende Erhaltung der öffentlichen
14 Infrastruktur in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Da insbesondere Städte und
15 Gemeinden mit geringer Wirtschaftskraft ihre Investitionsbudgets in den vergangenen Jahren
16 erheblich reduziert haben, zeichnet sich gerade auf kommunaler Ebene ein zunehmender
17 Investitionsbedarf, etwa in den Bereichen Verkehr, Bildung und soziale Infrastruktur, ab.“¹⁾*

18
19 Die Fratscher-Kommission schlägt für die Finanzierung dieser Aufgaben einen öffentlichen
20 Fond vor, dem auch private Investoren auf eigenes Risiko beitreten können¹⁾

21
22 Die Breitband-Glasfaseranschluss-Quote bezogen auf die Bevölkerung ist in Deutschland
23 rückständig. *„Während die Quote der Glasfaseranschlüsse an allen Breitbandtechnologien in
24 Deutschland (0,6 Prozent) und den USA (6,7 Prozent) unter dem OECD-Durchschnitt (13,8
25 Prozent) liegt, weisen Japan (69,2 Prozent) und Südkorea (63,7 Prozent) auffällig hohe
26 Versorgungswerte auf, die auf industriepolitische Eingriffe der Regierungen zurückzuführen
27 sind.“¹⁾*

28
29 Der Bundesverkehrswegeplan sieht bis 2030 ein Ausgabevolumen von 269,6 Mrd. € vor.
30 Davon erhält NRW für Ausbau- und Neubauprojekte in Bundesfernstraßen 13.674 Mio €. ²⁾
31 Den Kommunen über 2000 Einwohnern ist im KfW-Panel ein Investitionsrückstau
32 gegenüber dem Vorjahr 2015 von 136 Mrd. € festgestellt worden.³⁾ Beim Straßenbau wird
33 oft argumentiert, dass die regionalen Baukapazitäten nicht ausreichen, das
34 Investitionsvolumen zu steigern. Damit nimmt man durch die Zeitverluste in Verkehrsstaus
35 und nicht ausreichenden Transportkapazitäten hohe volkswirtschaftliche Verluste von 11 bis
36 30 Mrd. € (je nach Institutsbetrachtung) jährlich in Kauf. Würde man die Lose als echte
37 europäische Ausschreibungen organisieren, würde auch noch Kaufkraft in EU Länder des
38 Südens und Ostens transferiert, was den Menschen dort Beschäftigung und Einkommen
39 sichern hilft. Mit der gewonnenen Kaufkraft können sie wieder Produkte aus der EU
40 (Deutschland) kaufen.

41
42 **Quellen:**

43
44 ¹⁾<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=702188.html>

45
46 ²⁾http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/BVWP/bvwp-2030-kabinettsplan.pdf?__blob=publicationFile

47
48 ³⁾ <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2016.pdf>

Antrag 12

Antragsteller: OV Oberbilk

Adressaten: SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesparteitag

erledigt durch Antrag 2

MEHR MASSNAHMEN FÜR DEN GEFÖRDERTEN UND PREISGEDÄMPFTEN WOHNRAUM IN DEN HOCHPREISIGEN BALLUNGSGEBIETEN SIND NOTWENDIG.

Einleitung:

Die Engpässe für geförderten bzw. preisgedämpften Wohnraum in den Großstädten sind nicht mehr zu übersehen. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen werden an die Stadtränder oder ins Umland verdrängt. Das hat auch die **Mietpreisbremse der Bundesregierung** nicht verhindert.

Diese Situation ist durch eine sozial verfehlte Wohnungspolitik und die einseitige Marktorientierung der vergangenen Jahre verursacht worden. Sie ist auch ein Verursacher für die anzutreffende Politikverdrossenheit. Erst mit den Flüchtlingen aus Nahost wurde die Debatte für eine Steigerung des sozialverträglichen Wohnungsbaues neu in Gang gesetzt. Bereits im letzten Kommunalwahlkampf haben die Düsseldorfer SPD und ihr OB-Kandidat auf die Wohnungsnot der Stadt hingewiesen. Daraus ist dann das Konzept des „sozial integrierten“ Wohnens entstanden. Wir wollten ermöglichen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen in denselben Quartieren und Häusern wohnen können. Deshalb müssen die „Stellschrauben“ des Wohnungsmarktes offengelegt und auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Wenn der Markt einen sozial ausgeglichenen Wohnungsbau nicht herstellen kann, müssen mindestens 30 Prozent des Wohnungsbaues dem Markt entzogen werden.

Zwar hat die Landesregierung NRW große Anstrengungen unternommen, den geförderten Wohnungsbau zu unterstützen, z.B. wurde das Fördervolumen in 2015 von 800 Millionen auf 1,1 Mrd. Euro jährlich angehoben. Hinzukommen Tilgungsnachlässe bis zu 35%, die sonst nirgendwo gewährt werden. Weiterhin die Vereinbarung mit dem Land über ein globales Förderbudget von 40 Millionen €, die Düsseldorf mit dem Land geschlossen hat.

Das allein kann die Engpässe in den nächsten Jahren aber nicht kompensieren. So fallen beispielsweise mehr Wohnungen aus dem geförderten Wohnungsbau heraus, als neue gebaut werden. (30.000 geförderte Wohnungen fallen bundesweit weg, 9000 wurden neu errichtet) **In Düsseldorf ist das in Hassels-Nord zu beobachten.**

Rund 50% der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben aufgrund ihrer Einkommenssituation einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung, dennoch gelingt es kaum, den Wegfall von Wohnraum aus der Sozialbindung durch Neubau zu kompensieren. Das die SWD rund 200 geförderte Wohnungen im Jahr jetzt errichten wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung, angesichts der Anspruchsberechtigten in Düsseldorf auf eine geförderte Wohnung nicht ausreichend.

„In Deutschland werden bis 2020 jährlich 400.000 neue Wohnungen benötigt. Das schreibt

1 *das Pestel-Institut in einer Studie, die es im Auftrag des Bündnisses Sozialer Wohnungsbau*
2 *erstellt hat. Von diesen neu zu bauenden Wohneinheiten müssten 80.000 preisgebundene*
3 *Sozialwohnungen sein. In diesem Jahr werden 260.000 Wohnungen fertig, davon 120.000*
4 *Mietwohnungen – es fehlten damit 140.000 Wohnungen.*
5 *Grund für den prognostizierten Wohnungsmangel sei unter anderem, dass mehr und mehr*
6 *Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Hunderttausende Arbeitsmigranten aus EU-Staaten*
7 *benötigen preiswerten Wohnraum. Der Autor der Studie, Matthias Günther, sagte, er gehe*
8 *für dieses Jahr von einer Netto-Zuwanderung von einer Million Menschen aus – rund 300.000*
9 *EU-Arbeitsmigranten und 700.000 Asylbewerber, die bleiben. ‚Die Frage, ob Deutschland ein*
10 *Einwanderungsland ist oder nicht, hat sich damit endgültig beantwortet‘, sagte er.*
11 *Damit die Sozialwohnungen gebaut werden, müsste der Staat rund 6,4 Milliarden Euro*
12 *investieren, heißt es in der Studie. Davon würden 3,6 Milliarden Euro durch Steuern wieder*
13 *eingenommen werden. Der Staat müsse handeln, forderte das Bündnis Sozialer*
14 *Wohnungsbau. **Möglich seien etwa "zeitlich begrenzte Vergünstigungen", die den***
15 ***Wohnungsbau vorantreiben könnten – wie etwa der Verzicht auf die Grundsteuer.“***
16 *Quelle: [http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/deutschland-wohnungsmarkt-pestel-](http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/deutschland-wohnungsmarkt-pestel-institut-studie)*
17 *[institut-studie](http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/deutschland-wohnungsmarkt-pestel-institut-studie)*
18

19 Hinzu kommen viele rechtliche und administrative Hindernisse, welche die Kosten in die
20 Höhe treiben. Im Neubau ist in Düsseldorf kaum eine Wohnung, unter 3.000 EUR pro qm
21 fertig zu stellen. Wenn dann noch die Grundstückskosten, Renditen der
22 Bauträgers hinzukommen, ist man schnell bei 3.200 Euro und mehr. Wenn für
23 Hypothekzinsen und Tilgung 5%, einrechnet werden, führt das zu einer Quadratmeter Miete
24 von rd. 14,00. €, die allerdings auf dem Markt kaum durchsetzbar sind.
25 Für einen einkommensangepassten Wohnraum dürfen die Entstehungskosten nicht mehr als
26 2.300 € in den städtischen Ballungsgebieten betragen. Selbst dann beträgt die Miete bei 5%
27 Hypothekenkosten und 2,5% Tilgung pro qm noch 9,58 €.
28 Städtische Grundstücke dürfen nicht zum Höchstpreis verkauft werden, sondern sollten
29 stattdessen der städtischen Wohnungsgesellschaft bzw. Wohnungsgenossenschaften
30 (Beispiel: in Erbpacht) zur Verfügung gestellt werden. Für Grundstückskäufe für den
31 geförderten Wohnungsbau, für den stadteigenen Wohnungsbau und für
32 Wohnungsgenossenschaften sollten die Grunderwerbskosten entweder erlassen oder
33 mindestens auf 3,5 % gesenkt werden. In der Niedrigzinsphase muss investiert werden. Die
34 öffentlichen Investitionen dürfen in dieser Phase nicht zurückgehalten werden, zumal die
35 Entstehungskosten sich selbst finanzieren. Wenn das an die Kapazitätsgrenze der regionalen
36 Bauwirtschaft stößt, müssen echte europäische Ausschreibungen durchgesetzt werden.

37 38 39 Forderung:

40 Daher fordern wir die SPD-Landtagsfraktion, die Bundestagsfraktion und die Ratsfraktion
41 auf, den Wohnungsbau auf (weiterhin) mit höchster Dringlichkeit zu behandeln.

- 42
43 **8. Die Wohnungsbaukosten insbesondere in Städten wie Düsseldorf, Köln, Bonn,**
44 **Münster und in anderen Ballungsräumen müssen transparent aufgeschlüsselt**
45 **werden. Die Kostenanteile für Grundstücke, Bauträgerrenditen, Wärmedämmung,**
46 **Brandschutz, Einstellplätze für Autos, behördliche Bearbeitungszeiten und Standards**
47 **müssen anteilig ausgewiesen werden.**
48

- 1 **9. Welche beteiligten Wirtschaftsgruppen profitieren von den gestiegenen Baukosten**
2 **mit welchen Anteilen?**
3
4
- 5 **10. Wir fordern eine Evaluierung der in den letzten zehn Jahren erfolgten**
6 **Standardveränderungen, im Verhältnis von Kosten und erwünschter Zielsetzung,**
7 **insbesondere bei den Wärmedämmungsmaßnahmen und dem Brandschutz. Welche**
8 **von den ca. 25 Gewerken profitieren von diesen Veränderungen?**
9
- 10 **11. Wir erwarten eine Strategie der Kostendämpfung im Wohnungsbau, damit**
11 **einkommensschwächere Haushalte nicht mehr aus den citynahen Stadtteilen**
12 **verdrängt werden.**
13
- 14 **12. Wie können das Planungsrecht, das Baugesetzbuch des Bundes und die**
15 **Bauverordnung des Landes sowie die Baugenehmigungsverfahren, das**
16 **Bauplanungsrecht vereinfacht und damit den Erfordernissen eine sozial orientierten**
17 **Wohnungspolitik angepasst werden?**
18
- 19 **13. Der Bestandschutz für ältere Häuser darf nicht soweit aufgehoben werden, dass die**
20 **Nachbesserungen zu einer erheblichen Verteuerung des bestehenden Wohnraumes**
21 **führen und vielen Eigennutzer oder den Mietern die Kosten nicht tragen können.**
22
- 23 **14. Wir fordern vom SPD PV einen Vorschlag für eine Evaluierung der Boden-**
24 **Spekulationssteuer. Hier sollten auch die Überlegungen des ehemaligen Münchner**
25 **OB und Bundesstädtebauministers Hans Jochen Vogel von 1973 zum**
26 **Planungswertausgleich auf ihre Aktualität hin geprüft und bewertet werden.**
27
- 28 **15. Kommunal sind folgende Anstrengungen notwendig:**
29
- 30 - Das größte Hindernis zur Erreichung der wohnungspolitischen Ziele in den
31 Ballungszentren heißt Flächenknappheit. Deshalb brauchen wir die Einführung eines
32 kommunalen strategischen Flächenmanagements, um auch zukünftig ausreichend
33 Flächen zur kommunalen Verfügung zu haben. Geeignete kommunale Grundstücke
34 müssen zum Zwecke des Wohnungsbaus zum jeweils aktuellen Bodenrichtwert
35 veräußert werden.
 - 36 - Darüber hinaus muss im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit den
37 Umlandgemeinden über die zukünftige Siedlungsentwicklung intensiver verhandelt
38 werden. In einem ersten Schritt sollte hierzu die Entwicklung eines regionalen
39 Flächenrankings zur Wohnbaulandentwicklung mit den Umlandgemeinden
40 angestoßen werden.
 - 41 - Die Verwaltungsabläufe müssen weiterhin optimiert werden. Es ist zu prüfen, ob
42 durch die Einführung eines „Projektpaten“, der in Konfliktfällen (z.B. Umweltamt
43 versus Verkehrsplanung o.ä.) übergeordnet entscheidet, Effizienzgewinne erzielt
44 werden können, indem er das Handlungskonzept Wohnen konsequent durchsetzt.
45 Ausnahmetatbestände, die durch besondere Lagen von Grundstücken oder anderen
46 Bedingungen begründet werden, müssen restriktiv gehandhabt werden. Eine
47 Aufweichung der Quote für den sozialen Wohnungsbau durch die Hintertür darf es
48 nicht geben.

- 1 - Die SPD Düsseldorf steht weiterhin dazu, für bestimmte Quartiere zum Schutz der
2 vorhandenen Bewohnerstruktur die Einrichtung von Milieuschutzsatzungen zu
3 fordern. Sie sind das einzige Steuerinstrument, mit dem die schleichende
4 Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen und damit ein allgemeines
5 Ansteigen des Mietspiegels verhindert werden kann.
6

7 **9. Auf Landes-und Bundesebene erwarten wir:**

- 8
- 9 - Die zurzeit in der Diskussion befindliche Novellierung der Landesbauordnung muss
10 sich an den Zielen der bedarfsgerechten Schaffung von Wohnraum orientieren und
11 den notwendigen Ausgleich zwischen Standards für Barrierefreiheit und einer
12 unverhältnismäßigen Belastung bei den Baukosten schaffen.
13
- 14 - Es sollte geprüft werden, ob für den geförderten Wohnungsbau, für den stadt eigenen
15 Wohnungsbau und für Wohnungsgenossenschaften die Grunderwerbssteuer
16 entweder erlassen oder mindestens auf 3,5 % gesenkt werden kann.
17
- 18
- 19 - Um weiter Grundstücke für den Wohnungsbau mobilisieren zu können, bedarf es
20 einer Überarbeitung und Straffung des Planungsrechtes. So dürfen die notwendigen
21 Belange des Lärmschutzes nicht dazu führen, dass eine Verdichtung innerhalb der
22 Stadt nicht mehr möglich ist oder aber dazu führen, dass hier ebenfalls die Baukosten
23 eine wirtschaftliche Errichtung von bezahlbarem Wohnraum nicht mehr ermöglichen.
24
- 25 - Energieeffizienz im Wohnungsbau ist unumstritten ein notwendiger und wichtiger
26 Schritt bei den Bemühungen um den Klimaschutz. Dies darf jedoch nicht dazu führen,
27 dass diese einseitig die Baukosten in die Höhe treibt und damit letztlich den Zielen
28 einer bedarfsgerechten Wohnungspolitik entgegenläuft. Bei der Weiterentwicklung
29 von Energieeffizienz muss zukünftig vielmehr der Weg der Energieerzeugung im
30 Mittelpunkt stehen. Die technischen Möglichkeiten, die heute schon zum Beispiel im
31 Modellquartier Innovation-City in Bottrop erprobt werden, bieten wesentlich mehr
32 Möglichkeiten der effizienten Energieeinsparung, als es die einseitige Erhöhung von
33 Baustandards im Bereich Dämmung ermöglicht.
34

35 **Wir erwarten von unseren Mandatsträgern bis zum nächsten Parteitag zu diesen Fragen**
36 **eine Antwort und einen Aktionsplan mit einem Konzept zur Verbesserung mit dem wir bei**
37 **den Landtags- und Bundestagswahlen vor die Wählerinnen und Wähler treten können.**

38 **Begründung:**

39 Auch die Hinweise von der Wohnungswirtschaft müssen aufgegriffen und geprüft werden.
40

41 Beispiele:
42

43 **Effizienterer Umgang mit Energieeinsparung**

44 Durch die neue EnEV 2016 wird bei weitem nicht so viel Energieverbrauch eingespart
45 wie durch den erhöhten Materialaufwand bei der Realisierung der neuen EnEV
46 gebraucht wird: Noch mehr Wärmedämmung nutzt der entsprechenden Lobby, aber
47 nicht dem Gesamt-Energie-Verbrauch. Die Amortisierung tritt erst ein nach mehr als
48
49

1 20 Jahren Nutzung bei nicht zu überschaubaren Energiepreisentwicklungen. Ziel:
2 Aussetzen der EnEV 2016!

4 **Effizienterer Umgang mit Grundstücksverkäufen**

6 Derzeit klettern die Grundstückspreise unglaublich schnell: Der „Markt“ gibt es her.
7 Zumindest bei den öffentlich ausgeschriebenen Grundstücken lässt sich diese
8 Entwicklung eindämmen durch

- 9 - •Handlungskonzept Wohnen
- 10 - Verkauf der Grundstücke mit einer Deckelung der Verkaufspreise nach oben,
11 je nach Region
- 12 - Bei Grundstücken der öffentlichen Hand lassen sich preistreibende Effekte
13 dadurch verhindern, dass man zum einen auf die Maximierung der Erlöse
14 verzichtet (zugunsten von Qualitäten, Einhalten von Preisgrenzen, u.Ä.) und
15 zum anderen effizient und zügig organisierte und später umgesetzte
16 Konzeptausschreibungen auf den Weg bringt.

18 **Effizientere Verwaltungsabläufe**

20 Die Bearbeitungszeiten (B-Plan, Baugesuch, kleinere Ergänzungen zu denselben, etc.)
21 brauchen vielfach deutlich zu lange. Ein verwaltungsinterner **Immobilien Scout oder**
22 **Projektpate** könnte helfen, die internen Abläufe zu beschleunigen und
23 Entscheidungen voran zu treiben. Nicht selten bestehen einander widersprechende
24 Interessen verschiedener Ämter, die nicht demselben Dezernenten unterstehen.
25 Dann fehlt es an einer Instanz, die in Konfliktfällen übergeordnet entscheidet. Mit
26 einer Beschleunigung ließe sich viel Geld sparen und Projekte schneller umsetzen.

28 Städtische Grundstücke sind vielfach beim Verkauf belegt mit

- 29 - übertriebenen Anforderungen aus der Politik
- 30 - übertriebenem Sicherheitsverlangen, z.B. beim Absichern des HKW
- 31 - einem endlosen wechselseitigen Misstrauen zwischen Stadt und Investor, vor
32 allem, wenn dieser Investor in der Region immer wieder bauen will und / oder
33 einen guten Leumund aus der Vergangenheit heraus hat

35 **Effizientere Bautechnik**

36 Optimierung (nicht Maximierung) von

- 37 - Bautechnik (z.B. Fertig-Nasszellen, intelligente Plattenbauweise, etc.)
- 38 - Statik (immer wieder verschärfte Normen: EuroCode)
- 39 - Bauabläufe (Lean Construction)

42 **Keine weitere Maximierung von Anforderungen:**

44 **Brandschutz**

45 Hat der Brandschutz seine sinnvollen Grenzen überschritten?

46 Beispiele:

- 47 - Forderungen der Feuerwehr nach digitalen Funkanlagen („BOS-Anlagen“)
- 48 - Zusätzliche Brandriegel im WDVS

1 - (Das „Totschlagargument“ bei Brandschutz: Es werden Menschenleben
2 gefährdet, ist vielfach nicht durch entsprechend häufige Tatsachen zu
3 belegen. – Und umgekehrt macht z.B. der Einbau von Rauchmeldern in
4 Wohnungen durchaus Sinn.
5

6 **Schallschutz**

7 Die Anforderungen des Umweltamtes (in Düsseldorf), insbesondere an den
8 Schallschutz bei innerstädtischem Wohnen, haben eine Schmerzgrenze überschritten.
9 Die TA Lärm unterfüttert das Ganze im negativen Sinn. So ist es z.B. (fast) nicht mehr
10 möglich, eine Tiefgaragenzufahrt in ein Wohngebäude zu integrieren (wie dies schon
11 tausendfach ungesetzt wurde), weil angeblich die darüber oder daneben befindlichen
12 Wohnungen zu stark dem Lärm ausgesetzt seien.
13

14 **Behindertengerechte Wohnungen**

15 Die Novellierungsaktivitäten der Landesbauordnung lassen befürchten, dass die
16 Anforderungen an die Rollstuhlgerichtigkeit der Wohnungen deutlich ausgeweitet
17 werden (§48 neu). Die absolute Minderheit von Senioren oder Behinderten ist auf
18 den Rollstuhl angewiesen. Trotzdem sollen unzählige Wohnungen in Zukunft
19 „*uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein*“.
20

21 **Generelle, zusammenfassende Trendausrichtung:**

22 **Keine Maximierung der spezifischen Fachthemen!**

23 Wenn alle Interessengruppen ihre Anliegen *maximieren statt optimieren*, dann wird
24 die Addition dieser Fachthemen ins unbezahlbare Unendliche führen!! - Wir können
25 nicht *alle* Risiken ausschließen. Schließlich fahren wir auch noch mit dem Auto –
26 obwohl jeden Tag im Verkehr Menschen sterben. Wir können nur angemessen
27 versuchen, Gefahren zu reduzieren.
28

29 **Effiziente Förderung**

30 Die aktuellen Fördermöglichkeiten und Tilgungsnachlässe im geförderten
31 Wohnungsbau durch die NRW-Bank und weitere Förderungen durch KfW-Mittel
32 sowie städtische Förderung des HKW durch NRW-Bank und KfW-Mittel und
33 städtische Förderung haben einen sehr guten Beitrag für die Umsetzbarkeit von
34 geförderten und preisgedämpften Wohnungen geleistet.
35
36

37 **Abkürzungen:**

38 EnEV: Energiesparverordnung

39 HKW: Heizkraftwerk

40 WDVS/ WDV-System: Wärmedämmverbundsystem

41 TS Lärm: Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
42

1 Antrag 13

2
3 **Antragsteller:** OV Hennekamp

4 **Adressaten:** SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

5 **beschlossen**

7 IDENTIFIZIERBARKEIT VON POLIZEIBEAMTEN/INNEN

8
9 In letzter Zeit wird beobachtet, dass Polizeibeamte bei öffentlichen Großeinsätzen immer
10 häufiger Ski-Masken und/oder Kinnschutz tragen; dies scheint aus Sicherheitsgründen leider
11 notwendig zu sein. Diese Schutzmaßnahmen führen allerdings dazu, dass Polizisten, die sich
12 vorschriftswidrig verhalten, nicht mehr identifizierbar sind. Wie der Presse zu entnehmen ist,
13 hat der NRW-Landtag vor der Sommerpause auf Initiative von SPD und Grünen über eine
14 individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten beraten.

16 Antrag

17 Der UB Düsseldorf fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, die geplante individuelle
18 Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizei und Alarminheiten zeitnah umzusetzen.
19 Dies kann auf anonymisierte Weise, z.B. durch Zahlenkombinationen, Strichcodes oder
20 ähnliche Mittel am Helm geschehen.

21 Ferner fordert der UB Düsseldorf die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine solche individuelle
22 Kennzeichnungspflicht auch für die entsprechenden Einheiten der Bundespolizei zu
23 beschließen.

25 Begründung:

26 Die Vergangenheit hat mehrfach gezeigt (z.B. im Zusammenhang mit Stuttgart 21), dass
27 Polizisten auch nur Menschen sind und vor Fehlern nicht gefeit sind. Durch die nachträgliche
28 Identifizierbarkeit der Beamtinnen und Beamten wird im Einzelfall die Aufklärung von z.B.
29 unrechtmäßiger Gewaltanwendung erleichtert und das allgemeine Vertrauen der
30 Bürgerinnen und Bürger in die Polizei gestärkt.

1 Antrag 14

2
3 **Antragsteller:** OV Flingern

4 **Adressaten:** SPD-Ratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

5 **beschlossen**

7 RADSCHNELLWEGE SIND GEBAUTE ZUKUNFT: NEUE 8 CHANCEN DES RADVERKEHRS FÜR DÜSSELDORF NUTZEN!

9
10 Die SPD Düsseldorf begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, im kommenden Jahr 25
11 Mio. Euro für die Förderung von Radschnellverbindungen bereitzustellen. Sie fordert die
12 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich dafür einzusetzen, dass
13 Radschnellverbindungen künftig vollwertiger Bestandteil der Bundesverkehrswegeplanung
14 und damit regelmäßig vom Bund finanziert werden.

15
16 Die SPD Düsseldorf begrüßt die Absicht der Landesregierung, Radschnellverbindungen
17 künftig mit Landesstraßen gleichzustellen und sie dauerhaft in die Baulast des Landes zu
18 übernehmen. Sie fordert die SPD-Fraktion im Landtag auf, sich für eine deutliche Erhöhung
19 der ab 2017 für Bau und Unterhalt von Radschnellwegen im Landeshaushalt vorgesehenen
20 Mittel einzusetzen. Weiterhin soll auch die Landesförderung des kommunalen
21 Radewegebbaus deutlich ausgeweitet werden.

22
23 Weiter wird die SPD-Fraktion im Landtag NRW aufgefordert, sich für die Planung eines
24 landesweiten Netzes von durchgehenden Radschnellverbindungen einzusetzen. Dabei soll in
25 Ergänzung des Radschnellwegs Ruhr RS1 insbesondere eine durchgehende
26 Radverkehrsachse von Bonn über Köln und Düsseldorf bis nach Duisburg vorbereitet
27 werden.

28
29 Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf wird aufgefordert, sich für die Planung und
30 Realisierung von weiteren Radschnellverbindungen von und nach Düsseldorf einzusetzen,
31 insbesondere für die beiden folgenden Strecken:

- 32 - eine Verbindung vom künftigen Radschnellweg im Düsseldorfer Süden nach Ratingen
33 und Duisburg als Teil einer zentralen Nord-Süd-Landesachse mit Anschluss an den RS1.
34 - eine Verbindung vom Hauptbahnhof über Flingern, Lierenfeld und das Gerresheimer
35 Glasmacherviertel bis nach Erkrath.

36 37 **Begründung:**

38 Das aktuelle „Diesel-Urteil“ des Verwaltungsgerichts Düsseldorf ist ein deutlicher
39 Warnschuss: Wir brauchen eine neue, umwelt- und menschenfreundliche Mobilität in
40 unserer Stadt und müssen bei der Verkehrswende dringend mehr Tempo machen. Als Teil
41 des Umweltverbunds kann der Radverkehr dabei einen wesentlichen Beitrag leisten. Der
42 Blick nach Kopenhagen, Amsterdam oder – im eigenen Land – nach Münster zeigt, welches
43 Zweirad-Potential wir in Düsseldorf noch heben können. Die Voraussetzungen dafür waren
44 nie so günstig wie heute.

1 Immer mehr Menschen wollen das Rad nicht nur in der Freizeit, sondern auch für ihre
2 täglichen Wege zur Arbeit oder zur Schule nutzen. Der Boom der E-Bikes und Pedelecs
3 unterstützt diese Entwicklung. Hier erleben wir eine elektromobile Revolution, die ganz ohne
4 Subventionen auskommt.

5

6 Wir brauchen daher eine Rad-Infrastruktur, die eine sichere, bequeme und alltagstaugliche
7 Radmobilität zulässt. Radfahren muss auch für Pendlerinnen und Pendler und auch auf
8 längeren Strecken – etwa in die Nachbarstädte oder von den Außenbezirken in die City –
9 eine echte Alternative zum Auto bieten.

10

11 Auf Initiative der Ampel-Partner hat die Stadt begonnen, ein stadtweites Radhauptnetz zu
12 verwirklichen, das auf über 300 Kilometern mit rund 700 Einzelmaßnahmen eine lückenlose
13 Radmobilität auf den zentralen Verkehrsachsen in Düsseldorf ermöglicht. Mit einer mehr als
14 30 km langen Trasse von Neuss über den Düsseldorfer Süden nach Langenfeld und Monheim
15 ist die Landeshauptstadt zudem an einem der ersten Radschnellwege in NRW beteiligt.

16

17 Radschnellverbindungen sind gute ausgebaute, lückenlose und kreuzungsfreie „Rad-
18 Highways“ mit Beleuchtung und Winterdienst, mit denen der Radverkehr endlich erstklassig
19 wird. Sie bilden das Rückgrat der neuen Radmobilität im regionalen Verkehr.

20

21 Nicht umsonst steigen Land und Bund derzeit mit Nachdruck in die Finanzierung von
22 Radschnellwegen ein. Auf Drängen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks haben
23 sie erstmals Erwähnung im aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2030 gefunden. Zudem hat
24 die Bundesregierung dafür eine Förderung von 25 Mio. Euro ab 2017 in Aussicht gestellt.

25

26 Die Landesregierung betreibt derzeit als erstes Bundesland die Aufnahme einer neuen
27 Wegekategorie „Radschnellverbindungen des Landes“ in das Straßen- und Wegegesetz
28 NRW. Damit wird das Land künftig auf großen Teilabschnitten die Baulastträgerschaft für
29 regionale Radschnellwege übernehmen und die Kommunen bei deren Planung und Bau
30 unterstützen. Mit dem Radschnellweg Ruhr RS1 von Duisburg nach Hamm entsteht mit
31 Unterstützung des Landes derzeit auf 101 km der längste Radschnellweg Europas. Allein mit
32 dieser Verbindung können einer Studie zufolge 52.000 Pkw-Fahrten am Tag eingespart
33 werden.

34

35 Düsseldorf ist aufgerufen, diese Chancen für die städtische Mobilität der Zukunft zu
36 ergreifen und die Planungen für den Radwegebau, vor allem für weitere Radschnellwege,
37 entschlossen zur Förderfähigkeit voranzutreiben.

38

1 **Antrag 15**

2

3 **Antragsteller:** AfA

4 **Adressaten:** SPD-Ratsfraktion, Büro des Oberbürgermeisters

5 **beschlossen**

6

7 **VERWALTUNG 2020**

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

1. Die SPD Düsseldorf stellt sicher, dass die Mitglieder der SPD in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften umfassend von den Plänen, Zielen und Konsequenzen von »Verwaltung 2020« durch die Ratsfraktion informiert werden.
2. Zur Information der Partei bietet sich die Durchführung eines parteioffenen Unterbezirksausschusses an.
3. Nach umfassender Diskussion der Partei fasst sie ihre Beschlüsse und legt fest, ob und inwieweit sie »Verwaltung 2020« mehrheitlich unterstützt oder nicht.

1 Antrag 16

2
3 Antragsteller: AfA

4 Adressaten: SPD-Ratsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

5 beschlossen

7 WAHRUNG VON TARIFVERTRAG UND BESITZSTAND DER VOM 8 AUFTRAGNEHMER- BZW. BETREIBERWECHSEL BETROFFENEN 9 BESCHÄFTIGTEN

- 10
- 11 1. Die SPD Düsseldorf fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, das Vergaberecht und die
12 Praxis von Ausschreibung und Vergabe dahingehend zu erweitern dass Beschäftigte
13 von Betrieben, die abhängig von wiederholten Ausschreibungen und Vergaben sind,
14 nicht nur zwingend unter dem Schutz geltender sozial- und arbeitsrechtlicher
15 Vorgaben und der Anwendung allgemeinverbindlich erklärter Tarifverträge und evtl.
16 des gesetzlichen Mindestlohns stehen, sondern darüber hinaus auch durch die
17 unbefristete verpflichtende Einhaltung der jeweils geltenden Tarifverträge der
18 Branche – unabhängig von deren Allgemeinverbindlichkeitserklärung - oder, wenn
19 darauf nicht zurückgegriffen werden kann, durch den Tarifvertrag des Betriebes
20 geschützt werden. Diesen Schutz hat der übernehmende Betrieb gegenüber der
21 Belegschaft des Betriebes derselben Branche, der bei der Ausschreibung/Vergabe
22 »unterlegen« ist, zu gewähren. Dieser zu gewährende Schutz schließt alle
23 tarifvertraglichen Regelungen im Rahmen der Wahrung von Besitzständen aufgrund
24 von Betriebszugehörigkeit etc. ein.
 - 25 2. Die Ratsfraktion wird aufgefordert zu überprüfen, welche
26 Vergaben/Ausschreibungen auf kommunaler Ebene, einschließlich der »Töchter«
27 diesen vorstehend unter 1. definierten Schutz beinhalten und welche nicht. Im Fall
28 derjenigen, bei denen dieser Schutz der Belegschaften und ihrer Interessen nicht
29 realisiert worden ist, ist zu überprüfen, welche Anpassungen möglich sind, diesen
30 Schutz nachträglich zu schaffen.
 - 31 3. Zudem wird die Ratsfraktion beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die zukünftige
32 Vergabepaxis der Landeshauptstadt den unter 1. skizzierten Anforderungen
33 entspricht.

34
35 Begründung erfolgt mündlich

36

1 **Antrag 17**

2

3 **Antragsteller:** OV Mitte-Nord

4 **Adressaten:** S&D – Fraktion im Europäischen Parlament

5 **beschlossen**

6

7 **BIERMISCHGETRÄNKE: VERBRAUCHER BRAUCHEN KLARHEIT**
8 **– FÜR EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA!**

9

10 **Die S&D- Fraktion im EP wird aufgefordert, eine Initiative zur einheitlichen Bezeichnung**
11 **für Biermischgetränke zu ergreifen.**

12

13 **Begründung:**

14 Die ständige und paradigmatische Verwechslung von „Alsterwasser“ und „Radler“ bei der
15 Zubereitung von Biermischgetränken führt in der Gastronomie zu unhaltbaren Zuständen.
16 Sowohl Gäste als auch das Servicepersonal verbringen überdurchschnittlich viel Zeit damit,
17 zu klären, ob nun wahlweise Orangen- oder Zitronenlimonade dem Bier beigemischt wird.
18 Dadurch entstehen unnötige ökonomische als auch soziale Verwerfungen, die durch eine
19 klare und einheitliche Bezeichnung vermieden könnten und müssten! Analog zum
20 geschilderten „Radler“-Phänomen ist eine Regelung zur Beseitigung dieser Problematik auch
21 auf die Konstruktionen „Krefelder“ und „Alt-Schuss“ anzuwenden.

22